Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/8, durch die Post und durch Zeitungsträger zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Telephon Nr. 1206.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 292. Dienstag, den 13. Dezember 1904. 15. Jahrgang.

Die Wahlbilanz der Sozialdemokratie.

Der Sozialismus ist in Amerika keine neue Erscheinung. Er ist in der neuen Welt nicht viel später aufgetaucht als in der alten. Aber von einem amerikanischen Sozialismus kann man, wie H. Schlüter in der „Neuen Zeit“ darlegt, gleichwohl erst seit wenigen Jahren sprechen. Früher waren es fast durchwegs eingewanderte Arbeiter, die sich der sozialdemokratischen Propaganda widmeten, und es waren ihr eigentlich auch nur die Kreise der Eingewanderten — namentlich deutsche, in einzelnen Staaten auch tschechische Proletarier — zugänglich. Diesen noch nicht assimilierten Amerikanern waren gelegentliche Erfolge bei Wahlen von Branchen und selbst Gesetzgebern zuzuschreiben. An der Präsidenten-Wahl beteiligten sich die Sozialisten des Staates New-York zum ersten Mal im Jahre 1888. Sie erhielten nicht ganz 3000 Stimmen, davon 2500 in der Stadt New-York.

In den neunziger Jahren beginnt ein Aufschwung der sozialistischen Bewegung auch in den anderen Staaten der Union. Die Wahlen zeigen ein rasches Wachstum der Partei. Bei den Präsidentschaftswahlen erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten:

1892: 21,512 Stimmen
1896: 36,275 „
1900: 131,921 „ (Sozialist Party und Sozialist Labor Party zusammen).

1900 waren schon in 20 Staaten sozialistische Stimmen abgegeben worden. Dieser Fortschritt zeigte sich in noch erfreulicherer Steigerung bei den Kongreßwahlen im Jahre 1902. In 40 Staaten und Territorien erhielten die Kandidaten der sozialistischen Partei 231,061, die der sozialistischen Arbeiterpartei in 19 Staaten 52,780 Stimmen. Unter solchen Umständen gingen die Sozialisten diesmal mit der Hoffnung in den Wahlkampf, die halbe Million zu erreichen. Diese Hoffnung, für deren Verwirklichung eine aufopferungsvolle Agitation ins Werk gesetzt wurde, ist noch übertroffen worden. Rund 600,000 Stimmen sind für die Kandidaten der sozialistischen Partei, Debs und Hanford, abgegeben worden. Die Stimmen der „sozialistischen Arbeiterpartei“, der sogenannten De Leoniten, haben stark abgenommen und kommen nicht mehr in Betracht.

Der Erfolg ist um so größer, als die Sozialdemokratie in Amerika nicht eine politisch indifferente Masse zu gewinnen hat, sondern ihre Propaganda auf einen längst von der bürgerlichen Demagogie durchfurchten Boden betreiben muß. Dann kommt der Widerstand in den Gewerkschaften, deren Leiter zumeist die selbständige Politik der Arbeiterschaft heftig bekämpfen. Die amerikanischen Arbeiter fechten noch immer in übergroßer Mehrheit mit Gladiatorenwut für die Interessen der bürgerlichen Kliquen, die einander in ihrer wirklichen Feindschaft gegen das Proletariat mehr ähnlich, als durch ihre künstlich aufgebauschten prinzipiellen Gegensätze von einander verschieden sind. In einem Lande, wo das Streben über den Tag hinaus als müßiges, theoretisches Spintisieren mißachtet wird, ist es besonders schwer, Anhänger für eine Sache zu gewinnen, die gar nicht den Anspruch darauf macht, von heute auf morgen zu siegen, und ebensowenig darf bei der geistigen und seelischen Verfassung des Durchschnitts-Amerikaners das außerordentliche sportliche Interesse übersehen werden, das der ungewisse Kampf zweier annähernd gleich starken Parteien erregt. Unter diesen Umständen ist es von besonderer Bedeutung, daß die sozialdemokratische Wahlagitation die prinzipiellen Forderungen und den Hinweis auf die Ziele des Sozialismus nicht außer acht gelassen hat.

Die größte Stimmenzahl haben die Sozialisten von Illinois aufgebracht: 75,000 gegen 10,000 im Jahre 1900. Newyork ist von 13,000 auf 40,000 hinaufgegangen. Im ganzen ist der Fortschritt in den mittleren Staaten und im Westen verhältnismäßig am größten. In den Kongreß ist kein Sozialist gewählt worden. Dagegen wurde in Milwaukee fünf Sozialisten in die Staatslegislatur gewählt; vier in die „Versammlung“, einer in den Senat. Von den ersten zwei sind Zigarrenarbeiter, einer Maschinist, einer Maler. Auch der Senator ist Zigarrenmacher. In Chicago (Illinois) wurden zwei sozialistische Arbeiter in die gesetzgebende Versammlung gewählt.

Das Wachstum des Sozialismus hat bei den bürgerlichen Politikern Aufsehen gemacht. Man geht wohl nicht fehl, wenn man für die nächsten Jahre eine wachsende Neigung der Bourgeoispolitik voraussieht, sich mit sozialpolitischem Oel zu salben. Aber für solche Kniffe ist es doch schon zu spät. Die amerikanische Sozialdemokratie hat ihre 600,000 Anhänger nicht dadurch gewonnen, daß ihnen das Angebot an Sozialpolitik von seiten der bürgerlichen Parteien zu klein war, sondern dadurch, daß sie sie überzeugte, daß die Arbeiterschaft selbständig Politik machen muß, wenn sie in dem Land, dessen ungeheure Reichtümer sie hervorbringt, nicht machtlos und betrogen bleiben will.

Der Reichstag

verhandelte am Montag weiter über die beiden sozialpolitischen Resolutionen zum Bergrecht, das unsere Partei und das Zentrum gestellt haben. Die Resolutionen unterscheiden sich im wesentlichen dadurch, daß die Zentrums-Resolution eine reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts schlechthin fordert, während unser Antrag klar und bündig die Einführung der 8stündigen und bei hohen Temperaturen der 6stündigen Arbeitszeit fordert. Der christlich-soziale Adjutant Stöckers, Dr. Burckhardt, sprach für den Zentrumsantrag; bis zu unserem Antrag reicht weder sein Christentum noch sein Sozialismus. Für die Resolution Auer sprach sich dagegen der Pole Korfanty aus, der ein düsteres Bild von dem oberschlesischen Bezirk entwirft. Echt nationalliberal sprach Doktor Paasche. Er ist im Prinzip für den Zentrumsantrag, in der Praxis dagegen, oder — um mit unserem Genossen Sachse zu sprechen — er hat zwar nichts gegen eine reichsgesetzliche Regelung der Grubenbesitzerinteressen, wünscht aber die Interessen der Arbeiter auch weiterhin der reaktionären Gesetzgebung vorbehalten. Scharf sprach der Zentrumsabgeordnete Stötzel gegen die Kohlensyndikate. Mit Recht hob er hervor, daß viele Bergbeamte Dividenden-Erhöhung als ihren einzigen Zweck betrachteten. Der Geheimrat Meissner erfreute das Haus mit der interessanten Entdeckung, daß das Wagennullen ein Ausfluß des Wohlwollens gegen die Arbeiterschaft sei. Ueberraschend gut sprach der sonst nicht eben soziale Freisinnige Dr. Mugdan. Er empfahl, die Resolution Auer mindestens der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Sein Parteigenosse Kopsch stellte einen dahin gehenden Antrag. Graf Posadowsky sprach akademisch über die Wurmkrankheit. Scharfe Anklagereden gegen die preußisch-deutschen Bergwerksmisseren hielten unsere Genossen Bömelburg und Sachse. Der erstere geißelte die völlig ungenügende, fast nur auf dem Papier stehende Aufsicht im Bergbau, die Rigorosität der Knappschaftsverwaltung, die Machtlosigkeit der Arbeitervertreter, die, wenn sie energisch aufzutreten wagen, wie ein Wild von Grube zu Grube gehetzt werden. Die Dividenden steigen, die Löhne fallen. Bisher haben noch Hué und Sachse die Bergarbeiter vom Streik zurückgehalten; kommt aber nicht endlich gesetzliche Hilfe, so werden sich die großen Streiks von 1889 und 1890 erneuern. Genosse Sachse erörterte ausführlich die Gründe der Wurmkrankheit, betonte die Notwendigkeit, daß das Reich die Bekämpfung auch finanziell in die Hand nehme, forderte Arbeiterausschüsse, die wirklich diesen Namen verdienen, und beleuchtete das eigentümliche Verhalten der ultramontanen Grubenbarone, die so merkwürdig von den sozialpolitischen Reden der Zentrumsabgeordneten abstechen. In ihren Erwiderungen auf unsere Fraktionsredner beschränkten sich Graf Posadowsky und Geheimrat Renß bezeichnender Weise fast nur auf die Frage der Wurmkrankheit. Und auch hier liefen, mindestens dem letzteren, arge Schnitzer unter.

Die Abstimmung über die einzelnen Resolutionen erwies wieder einmal die sozialpolitische Unzuverlässigkeit des Zentrums, die die Annahme unserer Resolution zu Fall brachte. Angenommen wurde nur die Resolution Stötzel und auf Antrag des Zentrumsführers Spahn wurde unsere Resolution der Regierung nur als Material überwiesen, d. h. der Reichskanzler wird aufgefordert, die Resolution dem Papierkorb zu überantworten. Selbst der Antrag Kopsch, die Resolution Auer der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, war mit Hilfe des Zentrums von den Nationalliberalen und den Konservativen abgelehnt worden.

Dienstag stehen die mittelstands-politischen Etatsresolutionen zur Beratung.

Japan und Rußland.

Port Arthur.

Eine offizielle Mitteilung der Belagerungsarmee vor Port Arthur sagt: Vier russische Linienschiffe, zwei Kreuzer, ein Kanonenboot und ein Minenschiff sind vollkommen kampfunfähig gemacht worden. Eine weitere Beschießung der Schiffe ist unnötig. Jetzt wird die Stadt beschossen und ihr schwerer Schaden zugefügt.

Im Vaterhause.

Sozialer Roman von Minna Kautsky.

51] [Nachdruck verboten.]

Der Abend vor dem Feste brachte den Wittes eine unerwartete Ueberraschung.

Ein mächtiger Karton war im Auftrage des Herrn Ferdinand Brand bei ihnen abgegeben worden. Der Vater war zu Hause und half seinen Mädchen beim Auspacken.

Er enthielt zwei reizende Roben aus rosa Crêpe de Chine.

Die Mädchen sahen sich an, sahen den Vater an. Ein brennendes Rot trat in ihre Wangen.

„Ist das für uns? Sollen wir das anziehen?“

„Gefällt es Euch vielleicht nicht?“

„Oh! . . .“ Sie faßten es an. Etwas so Schönes hatten sie kaum noch gesehen.

Auch der Vater betrachtete aufmerksam die feinen, durchaus plissierten Röcke, die, als wären sie von dem warmen Leben des Körpers durchhaucht, bei jeder Bewegung sich dehnten und wieder zusammenfielen.

„Das ist wohl etwas ganz Neues, und der weiche, zarte Ton der Farbe, sie wird Euch vortrefflich kleiden.

„Sieh' nur, Papa,“ rief Gusti, „das Unterkleid ist aus Atlas, und die schönen Schleifen!“ Sie schlug die Hände vor Entzücken zusammen.

„Bist Du jetzt mit ihm ausgesöhnt, Gustel? Für ein verdorbenes Kleid schickt er zwei neue, ich hätte es übrigens auch so gemacht.“

„Können wir denn das annehmen?“ fragte jetzt Luise und sah sehr ernst aus.

„Warum denn nicht. Glaubst Du, er spüre das in seinem Beutel? Uebrigens, wenn wir rechnen wollten, meine Leistung an diesem Abend, für die ich mich nicht honorieren lasse, bietet reichlichen Ersatz dafür; aber unter so guten Freunden rechnet man nicht!“

Seine Augen leuchteten in stolzer Genugtuung.

* * *

Der Südsturm hatte einen Umschlag des Wetters herbeigeführt. Während der Nacht hatte es zu schneien angefangen und es schneite nun fort.

Der Schnee lag in schimmernder Weiße bereits fußhoch auf der Straße und das Thermometer zeigte vier Grad unter Null.

Bei Wittes herrschte den Tag über jene nervöse Unruhe, die großen Ereignissen vorausgeht. Sie hatten die Empfindung, als wären sie an einem Wendepunkt ihres Lebens angelangt. Mittags war der Vater nur für einen Moment nach Hause gekommen.

Er brachte frische Rosen, von denen er eine der Mutter galant überreichte.

Er hatte Geld in der Tasche. Sein Chef hatte ihm die kleine Abstandssumme gezahlt und erklärte nun jeder weiteren Verbindlichkeit ihm gegenüber los und ledig zu sein. Witte war's zufrieden, er brauchte ihn nicht mehr. Er war an das Bett seiner Frau getreten. Er fand, daß sie bedeutend frischer aussehe.

Prüfend greift er nach ihrem Puls, suchte lange und konnte ihn nicht finden.

„Keine Spur von Fieber!“ erklärte er, und nickte beruhigt und lächelnd ihr zu. „Hast auch keine Schmerzen, wie, Liesel?“

Sie verneinte.

„Wenn die Mutter nur etwas genießen wollte,“ klagte Gusti. „Da steht die Suppe, sie will sie nicht.“

Er drohte seiner Frau mit dem Finger:

„Böse Mutter, warte nur, wenn Du nicht folgst, werde ich morgen den Doktor holen — jedenfalls soll er 'mal nachschauen.“

Ja, morgen, da war die Geschichte vorüber, die ihn so sehr in Anspruch nahm. Morgen wird, was heute noch in der Schwebe, entschieden sein. Dann hatte er vollauf Zeit und die nötige Ruhe, um alles in Ordnung zu bringen.

Er kleidete sich rasch für den Abend um und nahm den Hut. Er mußte ins „Grand Hotel,“ um die letzten Vorbereitungen zu treffen. Die Beleuchtung mußte geprobt, die Diener informiert werden.

„Ich komme nach acht Uhr mit dem Wagen, Euch abzuholen.“

Er war schon bei der Tür und kam wieder zurück.

„Gusti,“ sagte er leise, „nimm die Bilder von der Wand, ich möchte sie am liebsten fortschaffen lassen, — sie sollen nicht unter die Siegel kommen.“

„Aber Du hast ja gezahlt,“ rief Gusti erschreckt.

„Ich hänge noch anderweitig. Gott, eine Kleinigkeit — aber eben darum will ich das nicht riskieren. Der Termin ist fällig — die Leute sind boshaft — man kann nicht wissen —“

„Wohin sollen sie kommen?“

„Hm — nun ja — — ich habe schon gedacht — bei Fritz wären sie vielleicht am sichersten aufgehoben.“

„Bei Fritz!“

„Er ist ein ganz anständiger Mensch, und der Mutter zuliebe wird er es tun — Du brauchst ihm ja nicht zu sagen, daß ich die Pfändung fürchte —“

„Ich soll zu ihm gehen?“

„In meinem Namen; ich lasse ihn ersuchen, die Bilder in Verwahrung zu nehmen — er soll sie holen, wenn wir fort sind — spät am Abend — verstanden?“

Er entfernte sich, Gusti in einiger Bestürzung zurücklassend.

Es war Abend geworden.

Vaters Schlafzimmer war zum Ankleideraum hergerichtet, ein Duft von Blumen und feinen Parfüms durchwehte es.

Tini hatte, was zur Vervollständigung der Toiletten ihrer Freundinnen noch fehlte, herübergeschickt, samt Puder und Puderquaste.

Gusti war mit ihrer einfachen Frisur schon fertig. Luise konnte in ihrer nervösen Aufregung mit der ihrigen nicht zu Ende kommen. In Leibchen und Unterrock saß sie vor dem kleinen Spiegel, neben dem eine einzige Kerze ein schwaches Licht über sie ausstrahlte. Sie hatte ihr Haar hochgebunden, bemüht, es kunstvoll ineinander zu schlingen. Es gefiel ihr nicht — sie löste den Knoten, versuchte es aufs neue — und riß endlich das Band in einer Art Verzweiflung herunter.

„Viel zu locker — ich bring's nicht zusammen!“

Fessellos wallte das tiefschwarze Haar über die weißen Schultern herab, über die entblößten Arme, die mutlos herabsanken.

„Ah, das steht Dir schön — geh' so, da wirst Du Aufsehen machen,“ scherzte Gusti.

Luise schüttelte ihr Haar wild durcheinander, sie wußte nicht, sollte sie lachen oder weinen.

„Na, Mädel, nur nicht gleich böse sein. Ich mach' Dir den Dreher, wenn Du willst.“

„Laß mich, geh' doch zu Fritz hinunter, es ist die höchste Zeit.“

„Du glaubst nicht, wie unangenehm mir das ist.“

„O, ich begreif' es, aber Du weißt, was auf dem Spiele steht, wir werden uns doch die Bilder nicht pfänden lassen.“

„Nein, das werden wir nicht.“

Nach der enthusiastischen Ehrung, welche die Schöpfungen ihres Großvaters gefunden, war es seinen Enkelinnen erst völlig klar geworden, welch kostbares Vermächtnis sie daran besaßen.

Gusti besann sich nicht länger.

Noch im Hauskleide, warf sie ein Tuch über die Schultern, eilte die Treppe hinab und trat bei ihrer guten Bekannten, der Quartiersfrau des jungen Schlossers, ein. Sie wurde von deren Kindern mit Jubel empfangen; auch Frau Schubert schien sich über den Besuch zu freuen.

„So lang' sind Sie nicht bei uns gewesen, Fräul'n Gusti — da, schaun's nur, was die Kinder mit Ihnen treiben — die Kleine müssen's anschau'n, wie die in die Handeln patscht. Sie sollen's nehmen.“

Gusti wehrte ab. „Ich hab' keine Zeit. Ist Herr Hofer zu Hause?“

„Der Fritz ist zu Hause,“ bejahte Frau Schubert.

Da wurde die Tür des anstoßenden Kammer aufgerissen und der Genannte stand vor ihnen, blaß, mit bestürzter Miene.

„Es geht doch nicht schlechter?“ rief er, ohne Gusti zu grüßen. Als er aber in ihr verwundertes und keineswegs betrübtes Gesicht sah, faßte er sich rasch.

(Forts. folgt.)

Nach einem der japanischen Gesandtschaft in London zugegangenen Telegramm meldet die Belagerungsarmee vor Port Arthur, daß durch die gestrige Beschießung die Station für drahtlose Telegraphie am Fuße des Goldenen Hügels erheblich beschädigt und das Arsenal in Brand gesetzt worden ist.

Es gilt als durchaus wahrscheinlich, daß eine eigentliche Kapitulation überhaupt nicht erfolgt, sondern daß die Fortruppen selbständig den Kampf weiterführen werden.

Aus der Mandschurei.

Dem „Daily Telegraph" wird vom 10. Dezember aus Tientsin telegraphiert: Die russische Armee bei Mukden soll jetzt 400,000 Mann, darunter 40,000 Mann Kavallerie, stark sein. Die Japaner kaufen auf neutralem Gebiet Kamele an. 2000 Japaner landeten bei Kintschau. Man glaubt, daß dies darauf hindeute, daß die Japaner eine fliegende Kolonne gegen die rückwärtigen Verbindungen nördlich von Tieling senden wollen.

„Daily Telegraph" meldet aus Schanghai vom 10. Dezember: Nachrichten aus Peking zufolge sollen sich die Russen nach 72stündigem Kampfe nach dem südlichen Hunufer zurückgezogen haben. Am vierten Tage hätten die Japaner die Offensive ergriffen. Bei der Station Mukden herrscht große Verwirrung. Demgegenüber meldet das „Reuter'sche Bureau" aus Mukden, daß die Lage unverändert sei, es komme nur, so oft die Truppen ihre Stellungen wechseln, zu einem leichten Feuern.

Kleine Kriegsnachrichten.

In Kiew ist eine neue Unterschlagung von Geldern für das russische Rote Kreuz entdeckt worden. Die strengste Untersuchung ist, wie die „Schles. Ztg." meldet, eingeleitet.

Ein neuer Befehl an Roschdjestwensky. Der Admiral des zweiten russischen Geschwaders erhielt von Petersburg die Weisung, sich nicht unter allen Umständen nach dem Chinesischen Meer zu begeben, sondern das Weitere, womit das Schicksal Port Arthurs gemeint ist, abzuwarten. Sobald die Flottenbasis von Port Arthur zerstört sei — was bereits der Fall — soll das Geschwader unter irgend einem Vorwand einen Hafen — wahrscheinlich einen französischen in Anam — anlaufen.

Politische Uebersicht.

Hammacher †. Mit Hammacher ist der letzte Veteran aus dem alten Fähnlein der Nationalliberalen aus dem Leben geschieden.

Hammacher war Rheinländer; er war 1824 in Essen geboren. Das Jahr 1848 traf in ihm noch einen jungen Mann, der eben erst in die staatliche Laufbahn eingetreten war. In der Zeit der Reaktion mußte er den Staatsdienst quittieren; er wandte sich dem Bergbau zu, wobei er sich ein großes Vermögen erwarb. Er schloß sich dem Nationalverein an, kam 1864 in den preußischen Landtag und wurde 1867 in Halle in den Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt. Als unter dem Sozialistenschreck die Hochflut des Anti-Liberalismus einsetzte, stand Hammacher 1877 und 1878 in Lauenburg (Schleswig-Holstein) unter, um 1879 sein Mandat niederzulegen, als die Bismarck'sche „Wirtschafts- und Steuerreform" durchgesetzt wurde. Er war ehrlich genug, um einem solchen politischen Machwerk seinen Namen nicht leihen zu wollen.

Allein es litt ihn nicht außerhalb der politischen Tätigkeit. Schon 1881 ließ er sich wieder in den Reichstag wählen, diesmal in seiner rheinischen Heimat, in Duisburg. Diesen Kreis vertrat er ununterbrochen bis 1898. Die immer schärfer hervortretende agrarische Farbe seiner Partei entfremdete ihn, der den Liberalismus in seiner Blüte gesehen hatte, der Fraktion der Bassermänner. Das Jahr 1898 war jenes kritische Jahr, da auch andere liberale Größen, wie Dr. Clemm, Bürklin, Brünings, Buhl, Brund sich, indigniert über die agrarische Verseuchung ihrer Partei, vom parlamentarischen Leben zurückzogen.

Wenn auch ein Nationalliberaler, so war er doch der weniger Schlimmen einer. Den epigonenhaften Kommiß-Liberalismus und Agrar-Liberalismus hat er nur mit Widerstreben mitgemacht.

Genosse Kaliski als russischer Auswanderer.

Der „Vorwärts" teilt folgendes mit:

„Die Aufstellung freisinniger bulletrener Blätter, daß durch neue Instruktionen die Mißstände des Auswandererwesens in den Ballinschen Kontrollstationen beseitigt seien, hat uns veranlaßt, der Sache nochmals auf den Grund zu gehen. Wie wir vor einiger Zeit durch einen Parteigenossen, der sich in der Maske eines russischen Auswanderers auf den Lehrter Bahnhof begab, feststellten, daß in der Tat Ballinsche Agenten die sanitäre Kontrollstation benutzten um in rücksichtslosester Weise arme russische Auswanderer zur Lösung von Amerikakarten zu zwingen und Ballin im Kampfe mit der Cunardlinie zu unterstützen —, so hatten wir diesmal die Absicht, die Zustände in den Kontrollstationen und die Praktiken der Agenten und Polizisten von der russischen Grenze bis zum Hamburger Hafen aus persönlicher Anschauung kennen zu lernen und uns von den behaupteten „Reformen" zu überzeugen.

Unser Kollege Kaliski, der jüngst aus dem Tegeler Gefängnis entlassen worden ist, unterzog sich diesem Experiment und zwar wie er uns heute telegraphisch aus Hamburg mitteilt, mit Erfolg. Kaliski hat die Kur von der russischen Grenze bis nach Hamburg als unverdächtiger Auswanderer nunmehr am eigenen Leibe verdaut.

Man ist wiederum sehr erstaunt gewesen, als sich der scheinbar so echte russische Auswanderer als ein Redakteur des „Vorwärts" legitimierte. Man hat ihm bereitwillig den Fahrpreis für die von ihm erpreßte Karte nach London zurückerstattet und in äußerst liebenswürdiger Weise alles auf „Mißverständnisse zurückzuführen versucht.

Diese Ausrede auf Mißverständnisse hilft aber nun nicht mehr. Das von Kaliski mit dokumentarischer Treue gesammelte Material wird alle Vertuschungs- und Abschwächungsversuche ein für allemal zerstören. Wir werden in den nächsten Tagen die Aufzeichnungen unseres Genossen, der sich der nicht sehr angenehmen Mühe unterzogen hat, die Humanität der Ballinschen Aktiengesellschaft zu prüfen, der Oeffentlichkeit unterbreiten."

Da stehen also ganz amüsante Enthüllungen bevor.

Die angebliche Gotteslästerung im „Hannover'schen Volkswille". Wie kürzlich mitgeteilt wurde, ist von der Strafkammer in Hannover als Berufungsinstanz der Redakteur Westmeyer vom „Volkswille" zu 3 Monaten Gefängnis wegen Gotteslästerung verurteilt worden, obwohl der Staatsanwalt trotz polizeilicher Umfrage in den Restaurants in ganz Hannover keinen Menschen hatte auftreiben können, der Anstoß an dem in Frage kommenden Artikel genommen zu haben, endlich bekunden wollte, so daß sich schließlich der Staatsanwalt auf den Privatkommissar der Polizei und zwei äußerst orthodoxe Geistliche beschränken mußte, als die einzigen, die außer ihm selbst Anstoß an jenem Artikel genommen haben wollten. Die beiden letzteren hatten den Artikel vorher aber entweder gar nicht gelesen oder nicht verstanden, weil sie die zu seinem Verständnis nötigen politischen Unterlagen, den Königsberger Prozeß, nicht kannten. Es erregt nun allgemeines Aufsehen, daß zwei Geistliche, die Pastoren Chappuzeau und Dörries, den anerkennenswerten Mut haben, in einer öffentlichen Erklärung gegen das Urteil Verwahrung einzulegen, von ihrem Standpunkte als Geistliche. In der Erklärung heißt es u. a.:

„Bei der Verhandlung wurde erklärt, es sei nicht erforderlich, daß in dem Artikel wirklich eine Gotteslästerung ausgesprochen sei, vielmehr genüge der Nachweis, daß an dem Artikel Anstoß genommen sei, daß er Leute in ihrem religiösen Empfinden verletzt habe. Man kann sich leicht die Konsequenzen ziehen. Jeder Prediger ist danach schnell in aussichtsvollen Anklagezustand zu versetzen. Wir bestreiten, daß Gotteslästerung vorliegt. Wer den Artikel verstanden hat, kann sich nicht genug darüber wundern, wie darin eine Gotteslästerung gefunden werden kann. Genau das Gegenteil ist mit voller Evidenz darin nachzuweisen." Nach einer logischen Zergliederung des Artikels heißt es dann: „Keine Frage ist, daß gerade in diesem Artikel jede wirkliche Geringschätzung unseres Heilandes und Reformators absolut ausgeschlossen ist. Darüber bleibt nicht der geringste Zweifel übrig, der Artikel enthält, wie er gemeint ist und ganz allein verstanden werden muß, auch ganz gut verstanden werden kann, nicht eine Spur von Gotteslästerung". Zum Schlusse heißt es in der Erklärung: „Vorläufig rechnen wir darauf, daß eine dritte Rechtsprechung zu dem ersten Spruche (Freisprechung vor dem Schöffengericht) zurückkehren muß. Wenn das aber auch nicht geschehen, sondern der Verfasser 3 Monate Gefängnis wirklich erleiden sollte, weil es 4 Menschen gibt, die an seinem Artikel Anstoß genommen haben, eine Gotteslästerung ist in dem Artikel nicht zu finden, wohl das Gegenteil".

Aus dem Umstande, daß zwei angesehene Geistliche in einer öffentlichen Erklärung gegen das, zumal gegen einen Sozialdemokraten gerichtete Urteil in so entschiedener Weise protestieren, geht hervor, wie ungeheures Aufsehen das unbegreifliche Urteil erregt und welche Entrüstung es in weiten Kreisen geweckt hat, wenn auch nicht alle den Mut haben, dem Ausdruck zu geben, wie jene beiden Geistlichen. Die ganze Tendenz und der Verlauf der Anklage war ein derartiger, daß es selbst den in der deutschen Rechtsprechung Erfahrenen in Erstaunen versetzen mußte; denn daß die Staatsanwaltschaft durch Schutzleute die Restaurants absuchen läßt, um Zeugen aufzutreiben, die Anstoß an einem Zeitungsartikel genommen haben, dürfte sogar in der vielgewandten deutschen Justiz ein Novum sein. Ob nun jener Protest der beiden Geistlichen dem Revisionsgericht zu der nötigen Erkenntnis verhelfen wird, bleibt abzuwarten, denn die Wege des Gerichts sind dunkel.

Reichsvermögenssteuer! Das Wort ist kaum gefallen, und schon beginnen die Instinkte der besitzenden Klassen sich zum Worte zu melden. Es ist natürlich zunächst das Agrariertum, das mit angeborener Unverschämtheit den Steuerknüppel kaltlächelnd weitergibt. Die „Deutsche Tageszeitung" erklärt sich mit einer Reichsvermögenssteuer sehr einverstanden — — sofern sie nur das bewegliche Kapital trifft. Der Großgrundbesitz aber soll verschont bleiben! Die notleidenden Bauern von 100,000 Mark aufwärts sind zwar, wie der Freiherr von Richthofen im Reichstage erklärt hat, bereit, für das Heer jede beliebige Summe zu bewilligen; zu ihrer Beschaffung aber auch nur einen roten Heller beizutragen, fällt ihnen gar nicht ein. Das kostbare Geständnis verdient in seinem Wortlaute festgehalten zu werden. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt:

„Eine Reichsvermögenssteuer würde unseres Erachtens nur dann diskutabel sein, wenn sie einen scharfen und eingreifenden Unterschied zwischen den verschiedenen Arten des Vermögens machte. Daß das Vermögen, das in landwirtschaftlich benutztem Grundbesitze besteht, eine stärkere Belastung nicht mehr verträgt, kann nirgends bestritten werden."

So bestätigt sich die bewährte patriotische Gesinnung unserer Edelsten und Besten aufs neue in durchaus würdiger Weise. Sie erklären in ihrem berufenen Organ, allem Finanzelend zum Trotze, daß sie jede Reichsfinanzreform als indiskutabel verwerfen, die auch ihren Geldbeutel in Mitleidenschaft zieht.

Hier ist keine Verdrehung und keine Ausflucht möglich! Kleinbäuerliche Interessen können hier unmöglich vorgeschoben werden. Denn es handelt sich ja nur um die Besteuerung der großen Vermögen von 100,000 Mark aufwärts bis zu ungezählten Millionen. Die Pleß, Ratibor, Putbus, Arenberg, Ballestrem, Arnim usw. „vertragen eine stärkere Belastung nicht mehr!" Die Gewinne, die sie aus der Liebesgabenwirtschaft, aus den neuen brotwucherischen Handelsverträgen, aus einem drohenden Zollkriege herausschlagen, können sie wohl in die Tasche stecken. Aber einen Pfennig davon zurückzuzahlen, und an der Verbesserung der Reichsfinanzen mitzuhelfen, sind diese potentierten und tausendfach privilegierten erzfaulen Nichtpatrioten nicht imstande. „Das kann nirgends bestritten werden", sagt die „Deutsche Tageszeitung". Diese „staatserhaltenden Elemente" überlassen es ruhig dem arbeitenden Volke, im Schweiße ihrer Arbeit den „Staat zu erhalten", sie können nicht genug neue Soldaten, Kanonen und Gewehre bekommen, sie bewilligen dem Militarismus jede Forderung und heucheln seine Begehrlichkeit immer wieder von neuem auf. Sie haben ein angeborenes „Recht", in den „feudalen" Regimentern mit ihren Söhnen die Offizierstellen zu besetzen. Dabei bleibt immer noch Geld genug übrig, um jenen gewissenlosen Luxus im Heere zu treiben, über den gerade bürgerliche Kreise am allerlautesten klagen.

Ueberall haben sie den größten Mund und den besten Appetit und den ersten Platz! Aber heißt es dann „Zahlen!" — so machen sie sich dünne!

„Die Sozialdemokraten", sprach der Reichskanzler, „wollen ein neues Jena haben!" Und die Rechte heult Beifall und Entrüstung. Wer war es doch, der Preußen nach Jena führte? Die Urgroßväter der „notleidenden" Patrioten von heute. Und ihre Urenkel sind ihnen aus dem Gesicht geschnitten!

Wilhelm II. im Opernhause. Die Generalprobe des „Roland von Berlin" fand am Montag in Gegenwart des Kaisers statt. Es wird darüber gemeldet: Der Kaiser zeigte durch einige Anweisungen über Szenerie und Kostümierung, die er während der Probe gab, das lebhafteste Interesse an der Arbeit. Die Generalprobe ging glatt von statten. — Bei der Premiere soll im königlichen Opernhause eine Bekanntmachung angeschlagen sein, in welcher die General-Intendanz dem Publikum den Wunsch des Kaisers übermittelt, daß sich die Zuhörer durch die Anwesenheit des Monarchen nicht etwa in ihren Beifallskundgebungen behindert fühlen möchten. Für die zweite und dritte Vorstellung ist der Andrang wieder ein ungewöhnlich großer.

Berufung gegen Strafkammerurteile. Nach dem bisherigen Verlauf der Beratungen der Reichskommission zur Vorprüfung von Fragen der Revision des Strafprozesses ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der nach Abschluß der Sachverständigen-Beratungen aufzustellende Entwurf wegen Abänderung der Strafprozeßordnung die Einführung der Berufung enthalten werde.

Der Plötzensee-Prozeß gegen den „Vorwärts" und die „Zeit am Montag" wird wahrscheinlich im Februar zur Verhandlung kommen. Die Angeklagten werden einen umfangreichen Wahrheitsbeweis antreten.

Die Beschwerde wegen der veränderten Rubrizierung der Strafsache wurde vom Kammergericht zurückgewiesen.

Auch Genosse Albert hat aus seiner Magdeburger Zeit noch ein Strafverfahren in dieser Sache zu bestehen.

Fortsetzung der Verlustliste. Am 5. Dezember im Gefecht bei Naris

gefallen: Sergeant Karl Litt, geb. 7. Juni 1878 zu Ohberuhofen; Sergeant Adolf Voigt, geb. 20. August 1878 zu Diesdorf;

schwerverwundet: Unteroffizier Karl Kleeberg, geb. 4. November 1879 zu Lübben (Lausitz), Schuß Oberschenkel, Oberarm, Hand;

leichtverwundet: Unteroffizier Wilhelm Erdmann, geb. 22. Dezember 1881, Fleischschuß linke Wade; Sergeant Julius Wendler, geb. 18. April 1879 zu Gunzenhausen; Gefreiter Otto Kunisch, geb. 10. September 1882 zu Strelno, Fleischschuß Oberarm; Reiter Heinrich Koch, geb. 3. Februar 1881 zu Leipzig, Streifschuß Schläfe.

Im Gefecht bei Rietmont am 2. Dezember gefallen: Kriegsfreiwilliger Jacob Geißler, geb. 5. Dezember 1879 zu Neustadt (Odenwald).

Am Typhus gestorben: Sanitäts-Unteroffizier Friedrich Geßmann, geb. 29. Februar 1880 zu Bönnigheim, am 8. Dezember im Lazarett Owikokorero; Sergeant Schleßmann, geboren zu Neunkirchen (Bez. Trier).

Reiter Wilhelm Schütt, geb. 6. Oktober 1881, an Bord des Dampfers „Eduard Woermann" an Gelenkrheumatismus gestorben.

Für die Reichstagsersatzwahl in Kalbe-Aschersleben hat der Bund der Handwerker in einer Versammlung in Questen den Obermeister der Berliner Tischlerinnung, Rahardt, unter dessen Vorsitz jüngst in Berlin die sogenannte Mittelstandsvereinigung getagt hat, als Kandidaten aufgestellt.

Ein Majestätsbeleidigungsprozeß beschäftigte die Strafkammer in Halle. Angeklagt war der stellenlose Buchdrucker Felix Michaelis, der am 30. Oktober in zwei Gasthöfen in Holzweißig bei Bitterfeld im angetrunkenen Zustande allerhand Unsinn gemacht, und dann über die Reisen des Kaisers, über Militär und Steuern eine Aeußerung getan hatte. Der Mann, der damals sinnlos betrunken gewesen sein will, wurde sofort verhaftet. Die Verhandlung war nicht öffentlich und hatte das Ergebnis, daß Michaelis zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Beantragt waren ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Das Kriegsgericht in Dresden verurteilte den Infanteristen Scholze, der in einer Eingabe an die Militärbehörde eine achtungswidrige Aeußerung gegen König Georg getan hatte, wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis.

Ausland.

Die Verfassungsbewegung in Rußland. Bekanntlich haben sich die eigentlich sozialdemokratischen Parteien dem Pakt der übrigen revolutionären Parteien Rußlands nicht angeschlossen. Ein Antwortschreiben des sozialdemokratischen jüdischen Arbeiterbundes an die Einberufer der Konferenz gibt Aufschluß über die Gründe für diese Haltung der sozialdemokratischen Parteien Rußlands. In diesem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß bei einer so verschiedenartigen Zusammensetzung der Konferenz, jeden Versuch eine Verständigung über die gemeinsamen nächsten Forderungen herbeizuführen, mit einem Mißerfolg habe enden müssen. So sei zum Beispiel die auf der Konferenz angenommene Forderung eines „freien demokratischen Regims auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts" so sehr dehnbar, daß darin bequem auch eine konstitutionelle, monarchische Verfassung mit einem Zwei- und Drei-Klassen-Wahlsystem und offener Stimmabgabe usw. Platz finden könne. Dagegen sei eine fundamentale politische Forderung der sozialdemokratischen Organisationen der Ersatz des absolutistischen Regims eine demokratische Republik auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Nichtsdestoweniger erklärt der Bund sich für verpflichtet, jede revolutionäre und oppositionelle Bewegung zu unterstützen, selbstverständlich müsse dies unter Wahrung der vollständigen Freiheit in Form und Charakter der revolutionären Handlungen geschehen.

Konfiszierte Flugblätter in Italien. Die Polizei „entdeckte" in Mailand eine Niederlage von 50,000 revolutionären, an das Militär gerichteten Proklamationen, enthaltend die Aufforderung, nicht auf das Volk zu schießen. Die Polizei nahm drei Verhaftungen vor. Weitere Festnahmen stehen bevor. Schon seit einiger Zeit war eine Zunahme der revolutionären Propaganda unter dem Militär bemerkt worden.

Zwei neue Heilige. In der Peterskirche in Rom fand gestern die Heiligsprechung von Alessandro Sauli und Gerard Majella statt. Dem Akte wohnten das diplomatische Korps, die Malteserritter sowie ein zahlreiches Publikum bei. Der Papst traf um 9¼ Uhr in der Peterskirche ein. In feierlichem Zuge wurde dann der Weg zum Hochaltar genommen, wo der Papst den Tragsessel verließ und den Thron bestieg. Nachdem die Heiligsprechung ausgeführt war, zelebrierte der Papst die Messe.

Die berühmte Tißza-Mehrheit ist arg gefährdet. Oppositionelle Blätter veröffentlichen folgende Aufstellung:

Kossuth-Partei	79	Abgeordnete
die übrige Opposition	74	„
Dissidenten	28	„
noch Austretende	6	„
Zusammen	182	Abgeordnete

Die Zahl der übrigen Abgeordneten (außer den Kroaten) beträgt 214, sodaß die Majorität Tißzas 32 Stimmen zählt. Nun ist es sehr wahrscheinlich, daß ein Teil der liberalen Partei passiv bleibt; selbst in den stürmischsten Zeiten fehlen in der Regel 35—40 Mitglieder der Regierungspartei und so kann es sehr leicht dahin kommen, daß Tißza an dem Entscheidungstage keine Mehrheit haben wird.

Um allen zukünftigen Störungen im ungarischen Parlament zu begegnen, wurde eine aus 40 Mann bestehende Grenzwache zwischen der Opposition und dem Präsidenten organisiert. Es sind lauter sechs Fuß hohe Leute, deren Handschuhe die stattliche Nummer 11 tragen. Sie sind die Hüter der neuen Hausordnung und auf den ersten Wink des Präsidenten bereit, jeden widerspenstigen Abgeordneten an die Luft zu setzen.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Tißza ist am Sonntag in Marosvasarhely, wo er in Begleitung des Honvedministers Nyiri und zahlreicher liberaler Abgeordneten eingetroffen war, um in einer Versammlung der liberalen Partei zu sprechen, der Gegenstand feindseliger Demonstrationen gewesen. Die Menge durchbrach den Polizeicordon und versuchte, den Wagen des Minister-

präsidenten umzustürzen; es mußte eine Abteilung Husaren aufgeboten werden, die mit Säbeln auf die Menge einhieben und zahlreiche Personen verwundeten. Als Tisza auf dem Hauptplatz erschien, wurde er mit Abzugrufen empfangen; die Demonstranten hielten einen schwarzen Sarg empor, auf dem die Worte standen: „Die ungarische Verfassung." Der Stadthauptmann sowie sein Stellvertreter wurden mit Steinen beworfen und letzterer am Ohre leicht verletzt. Auch einige Revolverschüsse wurden abgegeben, ohne jedoch Unheil anzurichten.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 13. Dezember.

* **Der Sozialdemokratische Verein** hatte in seiner gestrigen Mitglieder-Versammlung eine reiche Tagesordnung zu erledigen. Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse des in Liegnitz stattgehabten Provinzialparteitages sowie über die Art der Berichterstattung entspann sich eine rege Debatte. Als Delegierter berichtete zunächst Genosse Fischer über die persönlichen Eindrücke, die er auf dem Parteitage empfangen. Bezüglich des Beschlusses über die Anstellung von Parteisekretären glaubt der Redner, daß Breslau baldmöglichst einen eigenen Sekretär anstellen müsse und dazu vielleicht einen Zuschuß vom Parteivorstand erbitten könne. Genosse Prager und andere beschwerten sich darüber, daß die Delegierten nicht ordnungsmäßig Bericht erstatten. Sie hätten einen der Delegierten mindestens zur Berichterstatter bestimmen müssen und nicht die Berichterstattung mit der Diskussion eröffnen. Genosse Rother bekämpft als Delegierter diesen Standpunkt. Jeder Delegierte könne doch nur seine persönlichen Eindrücke wiedergeben. Redner ist von dem Verlauf des Parteitages durchaus befriedigt. Es sei nicht soviel herüber- und hinübergestritten worden, wie auf den früheren Parteitagen. Man solle nicht gar so viel von den Parteisekretären erhoffen, sondern zunächst einmal abwarten, wie das System sich einbürgern werde. Nach weiterer Debatte erstattete Genosse Schütz den Bericht der Agitationskommission, den wir bereits im Parteitagsbericht zum Abdruck brachten. Auf Antrag der Revisoren, die die Kasse der Agitationskommission geprüft haben, wurde dem Kassierer derselben Entlastung erteilt. Hierauf wurde die Debatte, die sich vorzugsweise um die Institution der Parteisekretäre drehte, weiter geführt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Hierauf referierte Schütz über die Aufgaben des Preußischen Parteitages, der Ende dieses Monats in Berlin stattfindet. Insbesondere soll dort Stellung zum preußischen Schulelend, zum Kontraktbruchgesetz, zur Wohnungsfrage und zum preußischen Landtagswahlrecht genommen werden. Genosse Löbe hält vor allem die Erörterung des Landarbeiter-Elends und der heutigen Bestrafungen wegen Kontraktbruchs für notwendig. Auch solle der Delegierte auf jeden Fall und mit aller Entschiedenheit für die Weiterbeteiligung der Partei an den Landtagswahlen eintreten. (Sehr richtig!) Es sei wohl die übergroße Mehrzahl der Breslauer Parteigenossen der Ueberzeugung, daß die Kleinarbeit bei der Landtags-Wahl die beste Agitations-Gelegenheit darbiete. (Beifall.) Der Vorstand hatte vorgeschlagen, daß nur ein Delegierter entsendet werde, doch beschloß die Versammlung zwei Delegierte zu entsenden und zwar fiel die Wahl auf die Genossen Schütz und Löbe. — Alsdann entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob noch die Stadtverordnetenwahlen besprochen werden sollten. Nachdem die Versammlung im bejahenden Sinne entschieden, äußerte Genosse Rother zunächst seine Befriedigung darüber, daß die Wahlen aufs neue die Bündnisunfähigkeit des Freisinns gezeigt haben. In Zukunft müssen wir uns auf unsere eigene Arbeit verlassen. Genosse Löbe weist die Auffassung zurück, die hier und da aufgetaucht ist, daß wir ein Bündnis mit den Liberalen abgeschlossen hätten. Wir haben nicht einmal mit ihnen in irgend einer Form verhandelt! Aus eigener Initiative haben wir, und im eigenen Interesse der Partei, die Unterstützung des liberalen Kandidaten beschlossen. Wir müssen in Zukunft für die Hauptwahl noch intensiver arbeiten, als bisher, damit wir im ersten Wahlgange siegen können. Da sich weitere Redner nicht meldeten, war die Aussprache erschöpft. Alsdann bringt Genosse Steinbrecher das Verhalten der „Leipz. Volkszig." in Parteipolemiken zur Sprache und tadelt vor allem die ungeheuerlichen Angriffe derselben auf den Redakteur des Buchdrucker-Correspondenten, Rexhäuser. Redner wünscht, daß die „Volkswacht" mehr als bisher dazu Stellung nehme. Genosse Löbe ist der Meinung, daß die meisten Parteiblätter und auch die „Volkswacht" den Leipziger Skandal längst überdrüssig haben. Die Redakteure Jaeckh und Mehring haben der Partei in 2 Jahren mehr geschadet, als alle Parteigegner zusammen in den 40 Jahren des Bestehens der Partei.

* **Die Wahlen zum Ausschuß der Landes-Versicherungs-Anstalt Schlesien** wurden, soweit Breslau in Betracht kommt, heute Vormittag im Magistrats-Sitzungssaale des Rathauses vorgenommen. Gewählt wurden von seiten der Vertreter der Arbeitgeber:

Kaufmann David Mugdan als Mitglied; Bildhauer-Obermeister Berthold Andres als erster Ersatzmann; Rats-Zimmermeister Oskar Winkler als zweiter Ersatzmann;

von den Vertretern der Versicherten:

Arbeiter-Sekretär Emil Neukirch als Mitglied; Tischler Hermann Brosig als erster Ersatzmann; Buchdrucker Paul Kusche als zweiter Ersatzmann.

* **Kapitalistische Medizin.** Irgend ein „Schriftsteller" ist augenblicklich dabei, Sermone über die „oberschlesische Arbeiterbevölkerung" in den oberschlesischen Blättern zu verbreiten, die von der stoffarmen Provinzpresse eifrig nachgedruckt werden. Zur Kennzeichnung dieser Art kapitalistischer Weisheit dient folgende Stelle, die der besonderen Beachtung wert ist:

„Die .... häufig mit etwas Anstrengung verbundene **körperliche Arbeit** ist eben für die Entwicklung auch des weiblichen Körpers **dienlicher, als eine mehr sitzende Lebensweise**, und wenn eine **falsch verstandene Arbeiterfreundlichkeit** erst dahin gekommen sein wird, alle Arbeiten, die Kraftanstrengungen verlangen, für das weibliche Geschlecht zu verbieten, dann wird das kommende Geschlecht unter dieser Anordnung zu leiden haben, und die natürliche Zunahme der Bevölkerung wird aufhören."

Leider ist der Mann, der diese Art von Medizin an die Frauen verabreicht, ein schlechter Arzt: Er würde sonst sein Rezept in erster Linie den Dämchen der sogenannten „besseren" Kreise angelegentlichst empfehlen.

* **Der nackte Fechter** war in der Nacht zum Sonntag das Objekt ganz besonderer Ehrungen: denn junge Leute umwanden ihn mit meterlangen Guirlanden, wobei feierliche Gesänge erschallten. Es war soeben ein Schild mit der sinnigen Aufschrift: „Hier ist ein Logis zu vermieten" befestigt worden, als durch das Erscheinen eines Schutzmannes die „Ovation" beendet wurde. — Der vernachlässigte „Gabelfürge" wurde übrigens zu gleicher Zeit mit einem Hut versehen.

* **Vermißt** wird seit dem 10. d. M. die 31 Jahre alte Köchin Agnes Nietmar, Ohlauerstadtgraben 14, und seit dem 1. d. M. die 29 Jahre alte Arbeitersfrau Auguste Krasle, welche auf der Piastenstraße gewohnt hat. Es wird vermutet, daß diese sich das Leben genommen hat.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Eine Bauarbeiter-Versammlung** für den Bezirk Nikolaitor findet Mittwoch Abend um 7 Uhr in der „Pfalzburg", Posenerstraße, statt.

Hirschberg, 13. Dezember. Die objektivste Behörde der Welt ist bekanntlich die Staatsanwaltschaft. Wie sehr sie selbst bemüht ist, das zu illustrieren, zeigt folgender Fall:

„Der Klempnerlehrling Alfred Sch. hatte eines Tages die Fortbildungsschule nicht besucht und sollte dafür bestraft werden. Der Schuldige war aber nicht der Lehrling, sondern der Meister, der erklärt hatte, wenn außerhalb gearbeitet würde, schicke er seinen Lehrling nicht in die Schule, weil der Verlust, den er (der Meister) durch die verlorene Arbeit des Lehrlings erleide, in keinem Verhältnis stehe zu dem Nutzen, den der Lehrling von dem Schulbesuch habe.

Das Schöffengericht sprach natürlich den Lehrling frei. Der Staatsanwalt aber wollte unter allen Umständen den unschuldigen Lehrling bestraft wissen und legte Berufung ein!! Glücklicherweise tat ihm das Gericht nicht den Gefallen, sondern beließ es bei der Freisprechung.

Liegnitz, 13. Dezember. Ein schlesisches Elendsbild. Wie bereits mitgeteilt, hat hier der Handelsmann Rettinger den Arbeiter Ibscher ermordet. Die Ursachen dieser Tat werfen ein geradezu erschreckendes Licht auf gewisse soziale Zustände der hiesigen Gegend. Es wird darüber berichtet: Im Hause Dänemarkstraße 15 wohnt der schon vielfach vorbestrafte Handelsmann Hermann Rettinger mit seiner Frau geb. Knobloch, die an jenem Abend in Abwesenheit des Rettinger einen anderen Liebhaber, den 25jährigen Arbeiter Heinrich Ibscher, in ihrer Wohnung empfing. Als Rettinger nach Hause zurückkehrte, geriet er mit Ibscher in Streit, der nun, nur mit Hemd und Jackett bekleidet, aus der im Dachgeschoß belegenen Wohnung hinunter in eine Parterrestube flüchtete und sich dort unter einem Bett versteckte. Rettinger holte den Flüchtling aus seinem Versteck hervor, schleifte ihn auf den Hausflur und brachte ihm drei tötliche Stiche und zwar zwischen die Rippen in die Herzgegend, in den Hals und in die Schläfe bei, sodaß Ibscher alsbald verstarb. Der Mörder wurde verhaftet. Der frühere Ehemann der Knobloch soll sich, wie das Blatt mitteilt, wegen des Lebenswandels der Frau ertränkt haben. Ibscher selbst hat sehr häufig Gefängnis- und Zuchthausstrafen verbüßt, seine Frau sitzt noch in Breslau im Gefängnis. R. und seine Frau verdienten sich den Unterhalt auf ihre Weise; R. suchte sich durch Harmonikaspielen etwas zu verdienen, während die Frau ihrem „Gewerbe" nachging. Als Rettinger bald nach 8 Uhr Abends in die Wohnung zurückkehrte, überraschte er die beiden. Weniger aus Eifersucht — er kannte ja seine Frau und deren Lebenswandel — als vielmehr deshalb, weil man ihm sein Abendbrot weggegessen hatte, geriet nun Rettinger, der wohl auch ein wenig angetrunken sein mochte, in Wut und fing mit den beiden Streit an, wobei er den J. erstach. R. half zwar noch die Leiche in die Barbatsch'sche Wohnungen tragen, zeigte aber über seine blutige Tat nicht sonderliche Reue, äußerte vielmehr nach zynischer Weise: „Gut, daß der Lump tot ist, da ist ein Luder weniger." Was den erstochenen J. anlangt, so war auch er schon mehrfach vorbestraft; so hatte er u. a. seinem eigenen Vater ein Auge ausgestochen und war deshalb bestraft worden.

Beuthen, 13. Dezember. Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt das Stadtverordnetenmandat des Reichstagsabgeordneten Stephan für ungiltig erklärt, weil St. hier keinen festen Wohnsitz hat. (Siehe a. anderer Stelle.)

Aus der Provinz Posen.

Posen, 13. Dezember. Der prügelnde Bauunternehmer. Daß hier noch vielfach nicht nur Land-, sondern auch gewerbliche Arbeiter seitens des Herrn verprügelt werden, ist ja bekannt; daß gehört eben zur „ostelbischen Kultur" und wenn nicht bald der Staatsanwalt gegen solch menschenunwürdige Zustände etwas tut, so wird das Prügeln hier noch lange nicht „aus der Uebung kommen". Im vorliegenden Falle ist ein Maurer seitens des Bauunternehmers Nowakowski in Glowno derart verprügelt worden, daß derselbe 14 Tage lang arbeitsunfähig war. Auf eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, der ein ärztliches Attest über die Mißhandlung beigelegt war, lehnte derselbe eine Anklage als „nicht im öffentlichen Interesse" liegend, ab!!

Bromberg, 12. Dezember. Kartellsitzung vom 9. Dezember. Zunächst berichtete der Delegierte der Maurer und der Bauarbeiter über die aufgetragene Agitation bei den Böttchern, Dachdeckern und Barbieren. Ueber „Bauarbeiterschutz" entstand alsdann eine lebhafte Debatte. Der Obmann der Bauarbeiterschutz-Kommission ersuchte die Kartelldelegierten, in ihren Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß bei der Neuwahl des Vorstandes gleich die Delegierten zu der Bauarbeiterschutz-Kommission mit gewählt werden, damit im nächsten Jahre die Kommission ihre Tätigkeit im vollen Umfange wieder aufnehmen kann. Alsdann wurde die Bibliotheksfrage behandelt. Der Bibliothekar erörterte kurz den Wert einer guten Bibliothek und verurteilt aufs schärfste die schlechte Behandlung der Bücher. Nach der einstimmigen Annahme des folgenden Antrages: „Leser, die ein Buch aus der Gewerkschaftsbibliothek leihen und länger wie vier Wochen behalten, werden ein halbes Jahr von der Inanspruchnahme der Bibliothek ausgeschlossen", erfolgte Schluß der Sitzung.

Bromberg, 13. Dezember. Beim Kahnfahren ertrunken ist am Sonntag Vormittag in der oberen Brahe in der Nähe der königlichen Mühlen der 12 Jahre alte Sohn des Schuhmachers E. Baumgärtner von hier. Der Knabe wollte mit Kahn nach dem jenseitigen Ufer hinüberfahren, plötzlich entfiel ihm das Ruder, das er noch schnell ergreifen wollte. Er bog sich über Bord, verlor hierbei das Gleichgewicht und stürzte in das Wasser, worauf er in der Tiefe verschwand.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Das Ein- und Umgemeindungsprojekt von Zabrze hat bis jetzt sämtliche dazu gehörige Gemeinden beschäftigt. Nachdem die Gemeinden Zaborze, Dorotheendorf und Mathesdorf hierzu ihr Einverständnis gegeben haben, nahm die Gemeinde Klein-Zabrze nach dreimaligem Zusammentritt des Gemeindeparlaments und die Gemeinde Alt-Zabrze in ihrer Gemeindevertretersitzung die Vorlage an. Die Gemeinde Mathesdorf wird durch die Einverleibung der Ortsteile Gwosdek und Kuzuitza um 400 Morgen vergrößert. — Aus Biertultau bei Rybnik schreibt man dem „G. f. Sch.": Der Sohn des Bergmanns Schuleck brachte in die Schule eine sogenannte Knallkapsel, wie sie zur Explosion des Dynamits gebraucht wird. Während der Lehrer Kosiol Unterricht gab, brachte der Knabe die Kapsel zur Explosion. Drei Finger wurden dem Knaben weggerissen. — Vor 14 Tagen hatte sich der Einlieger Ferdinand Weinas aus Psychod aus seiner Wohnung entfernt, um in den umliegenden Gemeinden Besen zu veräußern. Er kehrte aber nicht wieder zurück. Zuletzt war er in Poln.-Jamke gesehen worden. Alle Nachforschungen über sein Verbleiben waren ohne Erfolg. Montag wurde die Leiche von Zigeunern, die in einem auf Jamker Terrain in der Nähe des Jarofske-Teiches stehenden Strohschober Unterkunft suchten, aufgefunden. Die nach oben gekehrte Seite des Gesichtes und auch das Auge derselben waren von Raben vollständig zerfressen, so daß die Knochen bloß lagen. Weinas war bei seiner Rückkehr nach Psychod matt geworden oder er hatte sich verirrt und in dem Strohhaufen Schutz gesucht, woselbst der Tod durch Erfrieren eingetreten ist. — — Mit seinem Cousin Richard Heilig traf Freitag gegen Abend der reisende Künstler Hugo Heilig im Gasthause zu Tänzerei, Kreis Wohlau, ein. Beide führten Wohnwagen und während jener mit Genehmigung des Wirtes den Gaststall für seine Pferde benutzen durfte, wurde es diesem verweigert, worauf er das Schloß der Stalltür erbrach und seine Pferde in den Stall führte, da er sie nicht in der kalten Nacht im Freien lassen wollte. Als beide am anderen Morgen das Stallgeld bezahlen wollten, gerieten sie mit dem Wirt in Wortwechsel über die eigenmächtige Oeffnung des Stalles, in dessen Verlauf der Gastwirt eine Axt ergriff und Hugo Heilig so stark auf den Kopf schlug, daß ihm die Schädeldecke eingeschlagen wurde und er zusammenbrach. Damit noch nicht genug, schlug der Wirt auf den am Boden Liegenden nochmals ein und zertrümmerte ihm den Hinterkopf. Nach kurzer Zeit verschied der furchtbar zugerichtete Mann. Frau und drei kleine Kinder, von denen das älteste 4 Jahre alt ist, trauern um ihren Ernährer. Der Erschlagene war erst 27 Jahre alt.

Neueste Nachrichten.

Der Krieg zwischen Rußland und Japan.

Die „Morning Post" meldet aus Schanghai: Der japanische rechte Flügel südlich des Schaho hat eine Bewegung nordwärts gemacht; die Vorhut hat Huanscha erreicht. Es wird berichtet, daß ein heftiger Kampf entbrannt ist.

Die Demonstrationen in Petersburg.

Ueber die auf dem Newski-Prospekt veranstalteten Kundgebungen wird amtlich noch folgendes mitgeteilt:

Mittags, als die Messe in der Kasan-Kathedrale beendet war, nahm der Verkehr auf dem Newski-Prospekt zwischen der Polizeibrücke und der Sadowajastraße zusehends zu. Unter den Spaziergängern bildeten sich zahlreiche Gruppen von Studenten und Studentinnen. Die jungen Leute schienen erregt und blieben gruppenweise auf dem Bürgersteige stehen, wodurch sie den Verkehr der Fußgänger hinderten. Die Polizei verdoppelte unter diesen Umständen ihre Wachsamkeit. Gegen 1 Uhr sammelte sich an dem Kreuzungspunkt der Michael- und Newskistraße eine beträchtliche Menschenmenge, aus deren Mitte zunächst Gesang und dann Rufe wie „Es lebe die Freiheit" und andere ertönten. Hierauf wurden zwei große rote Fahnen mit revolutionären Inschriften entfaltet. Als noch mehr Personen sich an die Menge herandrängten, wurden Polizisten zu Fuß und zu Pferde und eine Abteilung Gendarmen gegen die Menge geschickt, um mit Hilfe der Feuerwehr die Ordnung wieder herzustellen. Sie trieben die Menge, welche in wenigen Minuten sehr zahlreich geworden war, auseinander und nahmen die Fahnenträger und mehrere andere Personen fest. Bei einem der verhafteten Arbeiter wurde ein Revolver gefunden. Zwei Fahnen wurden fortgenommen, drei andere auf der Stelle, wo die Unruhen stattfanden, gefunden. Dieselben Vorgänge wiederholten sich bei der katholischen Kirche, der Katharinenkirche und der Polizeibrücke. Während der Unterdrückung der Unruhen konnten die Straßenbahnwagen nicht fahren, weil sie von Demonstranten überfüllt waren. Der Verkehr der übrigen Wagen und Schlitten erlitt keine Unterbrechung. Gegen 3 Uhr war die Ruhe überall wieder hergestellt, um 4 Uhr hatte der Newski-Prospekt sein gewöhnliches Aussehen. Abteilungen von berittenen Polizisten patrouillierten jedoch bis zum Abend auf dem Newski-Prospekt. Während der Unruhen leisteten einige der Demonstranten Widerstand und schlugen mit Stöcken, sodaß die Polizei gezwungen war, blank zu ziehen und mit der flachen Klinge auf die Menge einzuschlagen. Dank dieser Tatsache ist nicht ein einziger Todesfall oder ein Fall schwerer Verletzung vorgekommen. Gemeldet sind 42 Personen, die Stöße, Quetschungen und unbedeutende Verletzungen erlitten haben. Ein Gendarmerie-Offizier erhielt einen Stockschlag am Knie, außerdem sind 4 Polizisten und 4 Feuerwehrleute verletzt. Während des Tumultes wurden 132 Personen vorläufig festgenommen, unter ihnen 88 Studenten. Nach dem Verhör auf dem Polizeibureau wurden sie jedoch sämtlich freigelassen. Außerdem wurden 48 Personen verhaftet, darunter 32 Studenten und 5 Studentinnen. Neun von ihnen werden wegen Vergehens gegen das Strafgesetz vor Gericht gestellt, die übrigen wurden nach Aufnahme eines Protokolls noch an demselben Abend freigelassen.

Eine Fusion.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat nach erregter Debatte die Aufnahme des in Liquidation befindlichen sozialdemokratischen Konsumvereins Leipzig-Connewitz mit Ausschluß von dessen Fleischerei und Grundstücken beschlossen.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

Nach Breslauer Ortszeit.
(Mitteleuropäische Zeit plus 8 Minuten.)

Dezemb. 12., 13.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.) . . .	+ 4,8	+ 1,2	+ 1,0
Luftdruck bei 0° (mm)	737,8	735,9	736,1
Dunstdruck (mm) . . .	5,5	4,8	4,7
Dunstsättigung (pCt.) .	86	96	96
Wind (G—6)	SO. 2	SO. 2	SO. 2
Wetter	heiter.	wolkig.	heiter.

Heute früh Reif, Nebel.

Standesamtliche Nachrichten.

Eheschließungen. III. Tapezierer und Dekorateur Paul Dehmelt, ev., Kleine Scheitnigerstr. 20a, mit Luise Jansly, ev., ebendas. — Maler Karl Artelt, kath., Schulgasse 19, mit Elisabeth Rudnicki, kath., Schulgasse 21. — Arbeiter Paul Schirdewahn, ev., Bergmannstr. 3, mit Klara Brückner, ev., Matthiasstr. 177. — Restaurateur Ernst Roepel, ev., Kreuzstr. 41, mit Petronella Thiem, kath., ebendas. — Kaufmann Johannes Graser, ev.-luth., Münzstr. 5, mit Gertrud Floeter, ev., Hirschstr. 28. — Vorstadtbändler Emil Rochner, ev., Heinrichstr. 17, mit Helene Friedrich, ev., ebendas. — Schmied Paul Gland, kath., Matthiasstr. 111, mit Pauline Aust, ev., Matthiasstr. 121. — Kutscher Max Seidel, ev., Paulinenstr. 2, mit Klara Materne, ev., Albrechtsstr. 21. — Goldarbeiter Otto Scholz, kath., Albrechtsstr. 42, mit Henriette Simon, kath., Paulinenstraße 10. — Kaufmann Georg Matz, ev., Halberstadt, mit Wilhelmine Lubowski, kath., Parkstr. 36.

Geburten. IV. Oberleutnant im Leibkürassier-Regiment Nr. 1 **Felix Graf Schweinitz**, ev., S. — Haushälter **Robert Berndt**, ev., T. — Versicherungsbeamter **Paul Meisel**, altkath., S. — Fleischermeister **Paul Baumgart**, kath., T. — Maurer **Robert Schulz**, ev., S. — Schuhmachermeister **Karl Preuß**, ev., S. — Werkmeister **Albert Krüger**, ev., S. — Landesversicherungssekretär **Louis Schönfeld**, ev., S. — Buchhalter **Gustav Springer**, ev., S. — Schriftsetzer **Paul Laske**, kath., S. — Gutsbesitzer **Josef Adler**, jüd., T. — Kunstglaser **Viktor Fabian**, kath., S. — Landesversicherungssekretär **Paul Müller**, kath., T. — Restaurateur **Karl Neumann**, ev., S. — Schneider **Ernst Steiner**, ev. T. — Kaufmann **Arthur Bulkan**, jüd., S. — Bademeister **Kaspar Istel**, kath., T. — Zimmermann **August Flaschel**, kath., S. — Rohrleger **Max Bischof**, ev., T. — Kutscher **Hermann Achtert**, ev., S. — Schuhmacher **Johann Bönisch**, ev., T. Kutscher **Valentin Grobosch**, kath., T. — Kaufmann **Bernhard Jawitz**, jüd., S. — Tapeziermeister **Otto Ulke**, kath., S. — Drechsler **Hermann Pohl**, ev., T. — Eisendreher **Richard Fichtner**, ev., T. — Motorwagenführer **Clemens Gilles**, kath., T.

Todesfälle. I. Verwitwete Partikulier **Rosalie Schmidt**, geb. Weidel, 85 J. — Bureauvorsteher **Hermann Kriegel**, 42 J. — Frühere Näherin **Cölestine Klautsch**, 80 J. — Karl, S. des Vorarbeiters **Paul Mazedowski**, 2 St. — Früherer Haushälter **Gustav Weigelt**, 67 J. — Kutschersfrau **Anna Hantke**, geb. Machwitz, 29 J. — Maurerswitwe **Anna Mangliers**, geb. Schroeter, 72 J. — Erna, T. des Schutzmanns **Paul Werner**, 7 Mon. — Kaufmann **Karl Becker**, 64 J. — Blumenhändlersfrau **Margarete Lobe**, geb. Kudzel, 29 J. — Bertha, T. des Arbeiters **Paul Gerhard**, 3 J. — Tapeziererfrau **Agnes Stechow**, geb. Borstan, 36 J. — Hilfsgerichtsdiener **Reinhold Rieger**, 60 J. — Schlosserswitwe **Bertha Fischer**, geb. Zukunft, 41 J. — Kaufmann **Rosalie Aufrichtig**, geb. Kolker, 60 J. Fritz, S. des Schuhmacher **Max Meier**, 3 Mon. — Arbeiterin **Pauline Hennich**, 21 J. — Malerswitwe **Marie Scheider**, geb. Adam 71 J. — Früh. Restaurateur **Emil Pelz**, 73 J. — Handelsm. **Max Gruß**, 36 J. — Eisenbahnbremsersfrau **Auguste Karge**, geb. geb. Züchner, 54 J. — Dr. phil. **Reinhold Fitze**, 37 J. — Zimmermannswitwe **Christiane Obst**, geb. Klein, 71 J. — Tischler **Oskar Köhl**, 37 J. — Arbeitersfrau **Martha Winkler**, geb. Brose, 29 J. Schmiedemeisterswitwe **Johanna Riedel**, geb. Knauer, 78 J. — Schneiderin **Anna Wolff**, 25 J. — Erna, T. des Arbeiters **Ferdinand Lewalsky**, 3 Mon. — Schneidermeister **Ernst Seidel**, 52 J. — Karl, S. des Schlossers **Karl Thorhauer**, 2 Mon. — III. Richard, S. des Maurerpoliers **Karl Bischoff**, 2 Mon. — Georg, S. des Arbeiters **Ernst Brehmer**, 3 Mon. — Fritz, S. des Arbeiters **Paul Thomas**, 2 Mon. — Fräulein **Klara Ilgner**, 32 J. — Arbeiterin **Marie Opitz**, 25 J. — Alfred, S. des Vorarbeiters **Paul Pietsch**, 1 Mon. — Elisabeth, T. des Sattlermeisters **Rudolf Zanner**, 6 J. — IV. Verwitwete Theatermeister **Pauline Geisler**, geb. Hahn, 59 J. — Ida Scholz, ohne Beruf, 32 J. — Fabrikarbeiter **Karl Pachaly**, 58 J. — Kaufmannswitwe **Amalie Beer**, geb. Franke, 80 J. — Bernhard, S. des Geschäftsdieners **Robert Nitschke**, 2 Woch. — Fritz, S. des Rangierers **Wilhelm Scholz**, 3 Mon. — Student der Medizin **Harry Schäfer**, 22 J. — Haushälter **Gustav Oboy**, 26 J. — Eisenbahn-Betriebssekretärswitwe **Bertha Michaelis**, geb. Bierweger, 73 J. — Restaurateur **Karl Neumann**, 40 J. — Margarete, T. des Schmiedes **Heinrich Friebe**, 1 J. — Lohnführmannsfrau **Ottilie Brossog**, geb. Kasserra, 38 J. — Walter, S. des Schuhmachers **Hermann Stiller**, 5 T. — Bruno, S. des Tischlers **Daniel Türk**, 6 Mon. — Schieferdeckermeistersfrau **Elisabeth Harbndel**, geb. Bollmann, 50 J. — Max, S. des Tuchscherers **Emil Karwek**, 2 J.

Quittung.

Für die **Stadtverordneten-Wahlen** gingen ein:

Am 7. Dezember quittiert	1794.21	Mk.
Verband der Steinsetzer	10.—	„
Gesammelt durch Kelaustinski	1.—	„
Schatz (Bons)	1.40	„
Auffler, Einigkeit macht stark	3.—	„
Gäste im Lokal E., Schmiedegasse	1.90	„
Liste 118 gesammelt bei Meinecke durch H.	10.80	„
Liste 5 durch Thormeyer, Distrikt III	4.70	„
Liste 132 Schiffswerft-Kanal durch Drost, Distr. III	8.65	„
Liste 8 durch Fuhrmann, Distrikt III	1.40	„
Liste 4 durch Wollni, Distrikt III	1.55	„
Liste 2 durch Heinhold, Distrikt III	0.60	„
Liste 27 von Parkettlegern durch Ludwig	10.30	„
Liste 47 Distrikt I	4.45	„
Liste 46 Distrikt I	4.15	„
Liste 173 Distrikt I	1.75	„
Liste 30 Distrikt I	7.15	„
Liste 186 durch Gilke	6.35	„
Günther (Bons)	1.—	„
Telegramm-Ueberschuß Rote Hochzeit, Pohlanowitz	3.50	„
Skat bei Standke durch Christ	0.60	„
Liste 65 durch Fiebich, Distrikt II	4.65	„
Verlorene Liste Nr. 70, Distrikt II	3.—	„
Zimmerer Richter	0.30	„
Durch Fuchs, Gemüsegasse	2.85	„
Summa	1884.26	Mk.

Die Genossen werden ersucht, umgehend abzurechnen, damit die Gesamtabrechnung erfolgen kann.

Carl Burgund, Heinrichstraße 2, IV.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 13. Dezember:

Freie Turnerschaft. Abends 8 Uhr: Versammlung. Zimmer **Nr. 2.**

Tapezierer-Verband. Abends Punkt 8 Uhr: Fachkursus. (2. Abend.) Zimmer **Nr. 3.**

Mittwoch, den 14. Dezember:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Maurer. Abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saale.

Donnerstag, den 15. Dezember:

Maler, Lackierer und Anstreicher. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Zimmer **Nr. 2.**

Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer **Nr. 3 u. 4.**

Sonnabend, den 17. Dezember:

Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr: Vertrauensmännersitzung. Zimmer **Nr. 5.**

Sonntag, den 18. Dezember:

Steinarbeiter. Von 10 Uhr ab: Zahltag. Sämtliche Bücher sind sind in Ordnung zu bringen.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).

Bezirk 4. Mittwoch, den 14. d. Mts., Abends 8½ Uhr: Zusammenkunft. Beiträge werden entgegengenommen. Zahlreiches, pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder sehr erwünscht.

Der Bezirksführer.

Bezirk 6. Dienstag Abend, 8½ Uhr: Kassenabend. Teilung des Bezirks und Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Der Distriktsführer.

Distrikt III (Oder-Vorstadt).

Bezirke 34 und 43. Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 8½ Uhr: Zusammenkunft im „Eiskeller". Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. — Die Mitgliedsbücher und „Neue Zeit" sind mitzubringen.

Sohl und Reinhold, Bezirksführer.

Distrikt V (Scheitnig).

Zusammenkunft Dienstag, den 13. Dezember. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Umtausch der „Neuen Zeit".

Bezirk 64. Dienstag, den 13. Dezember: Zusammenkunft. Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig. Auch können Beiträge entrichtet werden.

E. Zimmer, Bezirksführer.

Distrikt VI (Schweidnitzer, Ohlauer und Strehlener Tor).

Bezirk 71. Dienstag, den 13. d. Mts., Abends 8½ Uhr: Zahlabend im Lokal des Genossen Bohn, Margaretenstraße 26.

Der Bezirksführer.

Distrikt VII (Innere Stadt).

Die Bezirksführer werden ersucht, die Mitgliedsbücher einzuziehen. Freitag, den 16. Dezember: Abrechnung der Sammellisten und Beitragsmarken. Das Mitgliedsbuch ist zur Kontrolle mitzubringen.

Der Distriktsführer.

Gräbschen. **Arbeiter-Radfahrer-Verein.** Jeden Sonnabend Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

Schweidnitz. **Männer-Gesang-Verein „Vorwärts".** Jeden Donnerstag, Abends 8½ Uhr: Uebungsstunde im Lokal des „Zeltgartens", Kletschkauerstraße. Gäste willkommen.

Freiburg. **Freie Turnerschaft.** Jeden Montag und Donnerstag von 8—10 Uhr: Turnstunde im „Gewerkschaftshause" in Polsnitz. Freunde des freien Turnens sind stets willkommen.

Der Vorstand.

Striegau. **Arbeiter-Turnverein „Vorwärts".** Jeden Dienstag und Donnerstag, von Abends 8 Uhr an: Turnen in der „Bierquelle". Auch werden in jeder Turnstunde Mitglieder aufgenommen.

Der Vorstand.

Jauer. **Gesang-Verein „Vorwärts".** Jeden Donnerstag, Abends 8 Uhr: Gesangstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.

Haynau. **Arbeiter-Gesang-Verein.** Jeden Donnerstag Abends 8 Uhr: Singstunde bei Gruner.

Bunzlau. **Maurer.** Sonnabend, 17. Dezember, Nachmittags 5½ Uhr: Versammlung in der „Hoffnung". Der wichtigen Tagesordnung wegen haben alle Kollegen bestimmt zu erscheinen.

Brieg. **Männer-Gesangverein „Vorwärts".** Jeden Donnerstag: Uebungsstunde.

Stadt-Theater.
Dienstag: „Die Jungfrau von Orleans."
Mittwoch: „Der fliegende Holländer."

Lobe-Theater.
Dienstag: „Der Raftelbinder."
Mittwoch „Maskerade."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Mittwoch: Serie E, 2. Vorstellung: „Im weißen Rößl."

Dominikaner.
Letzte Woche
Original-Farinelli's
Anf. 7½ Uhr, Entree 10 Pf. Reserviert 20 Pf.
Freitag, den 16. Dezember:
Letztes großes Bockbierfest.

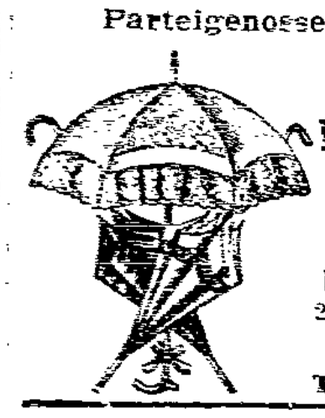
Damenkleider
als Haus-, Gesellschafts-, Braut- und Trauerkleider fertigt sauber
E. Simon, Matthiasstr. 35, II.

Herren-Anzüge
Gustav Knauerhase
Neumarkt 45. 1584

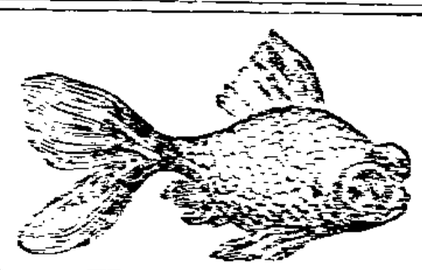
Anzüge, Ueberzieher 20 Mk. 1865
reinwollene in großer Auswahl gegen Teilzahlung.
Pincus Hübner,
Ottostraße 29, I.

Zahnarzt Schenk
Gabitzstrasse 10 (Café Hemm)
Mässige Preise. 2148

Sozialdemokratisches
Liederbuch
von Max Kegel.
Preis 40 Pfg.



Parteigenossen! Arbeiterradfahrer!
Praktische Weihnachtsgeschenke
von
Damen-, Herren- und Kinderschirmen
in großer Auswahl.
Sonnenschirme spottbillig.
Spazierstöcke zu soliden Preisen.
Reparaturen und Neubezüge in eigener Werkstatt schnell und billig.
2444
Max Kirsch,
Teichstr. 20. Katharinenstr. 18.

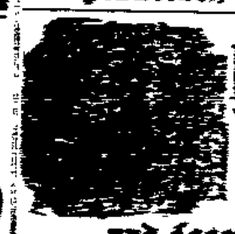


Julius Hohndorf's Aquarien-Institut,
Inh.: Adolf Scheloske,
Breslau, Kupferschmiedestraße Nr. 45 1584
empfiehlt als schönes Weihnachtsgeschenk:
Exotische und einheimische **Zierfische**, Fische zum Zimmer-Fontänen Aquarien, Blumentische, Wasserpflanzen, Tuffsteingrotten, Muscheln,
Ausführliches Prospekt gratis.

Puppenwagen und Puppensportwagen
empfiehlt in enormer Auswahl zu bekannt billigsten Preisen
F. Konetzny, Piegnitz.
Größte Kinderwagenfabrik Ost-Deutschlands.
Filiale: Breslau, Ring 56, 1. Etagt.
Verkauf zu Fabrikpreisen.
Kinderwagen und Kindersportwagen jetzt extra billig. 2367

Achtung! Bromberg Achtung!
Vom Freitag ab 2445
schönes speckiges Fleisch
in der Rossschlächterei von
Otto Schwiedtel, Garthestr. 8.

Der Neue Welt-Kalender für 1905
ist soeben erschienen und durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.
Preis 40 Pfennige.



Harmonika-Fabrik
und Lager aller **Musikwerke.**
Harmonikas, Mundharmonikas, Symphoniums, Zitermaiers, Grammophone, Zithern, Violinen etc.
J. Plau,
Inh. Schütze,
2226 58 Ring 58.
Reparatur-Werkstatt aller Musikwerke.

Für die Weihnachtssaison
empfehlen wir
Jugendschriften, Märchenbücher,
welche in dem Verzeichnis vom Schlesischen Provinzial-Lehrerverein aufgeführt sind.
Verzeichnisse durch uns gratis.
Bilderbücher
in den Preislagen von 10, 15, 30, 50, 60, 75 Pf.
Buchhandlung „Volkswacht"
Breslau, Neue Graupenstraße 5/6.

Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles" und die Inserate: **Robert Albert**; — für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt" **Paul Löbe**. Redaktion u. Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von **Oscar Schütz**. — Druck von **Th. Schatz G. m. b. H.** — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. [Hierzu 1 Beilage.

Beilage zu Nr. 292 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 13. Dezember 1904.

Deutscher Reichstag.

110. Sitzung vom Montag, 12. Dezember 1904, 1 Uhr Nachmittags.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Die beiden

Resolutionen vom Bergrecht

werden weiter beraten. Die Resolution Stötzel (Ztr.) fordert einheitliche Regelung des Bergrechts für das ganze Reich, Bestimmungen in der Gewerbeordnung zum Schutze der Bergarbeiter und Maßnahmen gegen die Wurmkrankheit. Die Resolution Auer (Soz.) fordert regelmäßige Schichtzeit von 8 (bei Temperaturen von über 28 Grad Celsius 6) Stunden, Teilnahme von auf Grund allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl gewählter Arbeitervertreter an der Ueberwachung der Schutzvorschriften, Verbot der Frauenarbeit und einheitliche Regelung des Knappschaftswesens. Hierzu liegt ein Antrag Spahn (Ztr.) vor, die Resolution Auer dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. Dr. **Burghardt** (christl.-soz.): Wir werden für die Resolution Stötzel stimmen. Wir sind im allgemeinen auch mit den Forderungen der Resolution Auer einverstanden, aber das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für die Arbeiterkontrolleure können wir im Interesse einer Verständigung mit der Regierung nicht wünschen, dagegen treten wir für Sicherung des Koalitionsrechts der Bergarbeiter ein. — Zum Schluß bedauert Redner, daß die Mineralschätze des Westerwalds nicht ausgebeutet werden und weist auf die steigende Unzufriedenheit unter den Bergleuten hin, die sich in der Wahl zweier sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter im Ruhrrevier ausgedrückt habe.

Abg. **Korfanty** (Pole): Meine Freunde sind mit der Resolution Auer einverstanden. Die Arbeitszeit der Bergleute ist in den letzten Jahren direkt länger geworden. Jeder anständige Mensch müsse für den Achtstundentag eintreten. Denn die Bergleute arbeiten meist in gebückter Stellung, ohne Sonnenlicht, in großer Hitze halbnackt oder in nassem Grund mit schweren Lederkleidern. Daher die hohe Krankenziffer, von der Hast der Arbeit die vielen Unfälle! Die Frauen arbeiten in Oberschlesien 12—14 Stunden für 1 Mark (Hört, hört! links), darunter sind 50 Prozent Mädchen unter 20 Jahren. Wir verlangen somit Verbot der Frauenarbeit in den Gruben; ebenso Heranziehung der Arbeiter zur Grubeninspektion. Redner kritisiert die Mißstände bei den Knappschaftskassen und verlangt paritätische Schiedsgerichte. Die Wahl der Arbeitervertreter muß natürlich geheim sein; was bei offener Wahl herauskommt, sehen wir in Oberschlesien, wo es in der Tat gar keine Arbeitervertreter mehr gibt. Ein großer Uebelstand ist auch die Abhängigkeit der Aerzte von den Grubenverwaltungen, durch die es den Arbeitern außerordentlich schwer gemacht wird, sich für invalide erklären zu lassen. Ebenso muß der Verkümmerung des Koalitionsrechts in den Bergbezirken entgegengetreten werden.

Abg. **Paasche** (natl.) erklärt sich im Prinzip für die Zentrumsresolution, fürchtet aber, daß ein Reichsbergrecht zur Zwangsjacke werden könnte. Wir werden an einer reichsgesetzlichen Regelung des Bergrechts mitarbeiten, können aber nicht dem Erlaß ganz spezieller Polizeivorschriften zustimmen, namentlich nicht für die Bleiwerke, die der ausländischen Konkurrenz unterliegen. (Rufe bei den Soz.: Das hören wir nun schon seit 20 Jahren!) Und trotzdem bleibt es wahr. (Beifall bei den Natl.)

Abg. **Stötzel** (Zentrum): Ich bin kein prinzipieller Gegner der Kohlensyndikate. Dieselben haben früher eine Steigerung der Löhne veranlaßt; jetzt aber haben sie durch die Stillegung der Ruhrzechen tausende von Arbeitern brotlos gemacht, haben den Arbeitern die Freizügigkeit tatsächlich beschränkt und den Brotkorb höher gehängt. Die Bestimmung, daß bei hohen Temperaturen die Schicht verkürzt werden muß, wird nicht eingehalten. Es muß auf ihre strenge Erfüllung Bedacht genommen und sie müßte auch auf die besonders nassen Teile der Bergwerke ausgedehnt werden. — Ueber die Knappschaftskassen wird schon seit 20 Jahren geklagt. Das alte persönliche Verhältnis zwischen Arbeiter und Grubenbeamten hat aufgehört; der Arbeiter sieht sich jetzt Beamten gegenüber, die die Erhöhung der Dividende als einzigen Zweck betrachten. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Regelung des Knappschaftswesens muß bald, sehr bald erfolgen, sonst wird die tiefgehende und berechtigte Unzufriedenheit unter den Bergleuten immer weitere Kreise erreifen. — Wenn wir beantragen, den Antrag Auer der Regierung als Material zu überweisen, so liegt darin keine Mißachtung des Antrags, sondern vielmehr der Wunsch der Gesamtprüfung der ganzen Fragen durch den Bundesrat. Das Aufhören der ewigen Streitigkeiten zwischen Grubenbesitzern und Arbeitern liegt im Interesse beider Teile. (Bravo!)

Geheimrat **Meißner**: Die Zahl der Bergarbeiter-Unfälle in Oberschlesien hat nicht zugenommen, sondern abgenommen: von 40,6 Prozent im Jahre 1899 auf 33,4 Prozent im Jahre 1903. In den Bezirken, in denen die Zahl der Ueberschichten beträchtlich gestiegen ist, sind wir dagegen eingeschritten. In Oberschlesien haben wir den Arbeitern die Vorschriften in polnischer Sprache zugestellt; im urdeutschen Westfalen verlangen wir dagegen Kenntnis der deutschen Sprache von allen Arbeitern. (Lachen bei den Soz.) Das Nullen wird im wohlwollenden Sinne gehandhabt (Lachen bei den Soz.); es kommt durchschnittlich nur für 2 Prozent der Förderung vor. Versuchsweise sind auf einer Zeche Häuer, Mitglieder des Bergarbeiterverbandes, zur Kontrolle angestellt worden; sie haben viel mehr genullt als die Grubenunternehmer. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle ist nicht nur im Bergbau, sondern überall gestiegen; der Grund liegt aber nicht an der Verschlechterung der Sicherheitszustände, sondern an der sorgfältigeren Anmeldung und an der gesetzlichen Ausdehnung der Entschädigungspflicht. In manchen Distrikten Englands ist trotz Arbeiterinspektion die Unfallziffer größer als bei uns.

Abg. Dr. **Mugdan** (freis. Vp.): Wir sind nicht nur für eine nationale Regelung des Bergrechts, sondern halten es sogar für erwähnenswert, an eine internationale Regelung zu denken. Da das Zentrum sich im allgemeinen für den Antrag Auer ausgesprochen hat, der auch bei anderen Parteien des Hauses Sympathie findet — so ist es uns einfach unverständlich, warum der Antrag Spahn die Resolution Auer der Regierung nur als Material, statt zur Berücksichtigung oder zur Erwägung überweisen will. — Die Forderung, den polnischen Arbeitern die Schutzbestimmungen in polnischer Sprache zu übermitteln, ist äußerst berechtigt. — Die Frauenarbeit wünschen auch wir nach Möglichkeit abgeschafft, schon damit der Jugend, über deren zunehmende Verrohung geklagt wird, die mütterliche Erziehung erhalten bleibt. — Redner spricht sich dann für die Teilnahme der Arbeiter an der Kontrolle und für die bei hohen Temperaturen herabzusetzende Achtstundenschicht aus. Bei der Wurmkrankheit kommt es hauptsächlich darauf an, die Ansteckungsgefahr zu mindern. Leider hat der Bureaukratismus die Einführung einer Leiter abgelehnt, die vorzügliche Garantien gegen die Ansteckung bietet. (Hört, hört! links.) Sie wurde abgelehnt, nicht weil sie unbrauchbar war, sondern aus Sparsamkeit. (Erneutes Hört, hört! links.) Die tiefe Verstimmung in den Bergarbeiterkreisen ist dadurch natürlich gesteigert worden. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Mit der bisherigen Bekämpfung der Wurmkrankheit hat man nicht die gewünschten Erfolge erzielt. Neue Untersuchungen haben ergeben, daß die bisherigen Theorien über die Art der Ansteckung modifiziert werden müssen. Als bestes Mittel hat sich noch immer die Trockenhaltung der Gruben erwiesen. Im Ruhrkohlenrevier ist das erfreuliche Ergebnis zu verzeichnen, daß die Zahl der Kranken von 80 Proz. auf 33 Proz. heruntergegangen ist.

Geheimrat **Meißner** bezeichnet die vom Abg. Mugdan empfohlene Leiter als praktisch ganz unbrauchbar.

Abg. **Bömelburg** (Soz.): Das hätten wir denn doch nicht erwartet, daß die Regierungsvertreter die Zustände im Bergbau beschönigen würden. Im letzten Jahrfünft zählte man im Bergbau nicht weniger als 14.250 Unfälle, deren Folge dauernde, völlige oder teilweise Erwerbsunfähigkeit war, darunter nicht weniger als 5801 mit tödlichem Ausgange. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese hohe Unfallziffer ist auf das Bestreben der Bergwerksbesitzer zurückzuführen, aus den Knochen der Bergarbeiter möglichst viel herauszuschlagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Kontrolle der Gewerbeinspektoren im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier ist in den meisten Fällen gleich Null. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nicht nur das durchschnittliche Todesalter der Bergleute ist sehr niedrig, sondern wir haben auch eine ungeheure Zahl von Berginvaliden. So haben wir z. B. im Bezirk Bochum 1902 nicht weniger als 21,936 Berginvaliden gehabt. Wir hören da von Hilfsaktionen im Auslande! — Wir bedauern die Greuel des russisch-japanischen Krieges: Aber in weiten Kreisen achtet man gar nicht darauf, daß viele Opfer auf dem Schlachtfelde der Industrie fallen. Hier hilft nur das Einschreiten der Reichsgesetzgebung. Diese hat in erster Linie die Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, dann aber auch eine bessere Fürsorge für die Berginvaliden und deren Angehörige zu treffen. Die finanzielle Möglichkeit ist ja wohl vorhanden, haben doch die Knappschaftsvereine ungeheure Kapitalien angehäuft. Die Leistungen der Knappschaftsmitglieder sind gewaltig, während die Renten, wenigstens durchschnittlich, kleiner geworden sind. Es wird sogar wider Recht und Gesetz den Reichsinvaliden, die zu gleicher Zeit Berginvaliden sind, ein entsprechender Teil der Rente abgeknapst. Ein solches Verfahren grenzt wirklich beinahe an Gaunerei. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.). Die Vertreter der Arbeiter in den Knappschaftskassen sind abhängige Personen: nimmt einer einmal wirklich die Interessen der Arbeiter energisch wahr, so wird er wie ein Wild von Grube zu Grube gehetzt und findet schließlich nirgends mehr Arbeit. Im Saar-Revier wird von den Gewerken jeder unbequeme Knappschaftsälteste abgelegt. Hier kann nur eine gesetzliche Bestimmung helfen, die den abgelegten Knappschaftsältesten erlaubt, bis zum Ablauf der Wahlperiode im Amte zu bleiben. Wir hoffen, daß das Haus unseren Vorschlägen zustimmen wird im Interesse der Arbeiter und im Interesse des gesamten Volkswohls. Wird wiederum die Erwartung der Arbeiter getäuscht, so wird sich ihre Erregung bis zur Siedehitze steigern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Wurmkrankheit richtet die größten Verheerungen an. Die Löhne sind in schamloser Weise reduziert worden, während die Aktionäre 15, 20, ja 25 Prozent Dividende einstreichen. Im westfälischen Revier wird die Arbeitslosigkeit künstlich gesteigert. Das „Nullen“ hat nicht ab-, sondern zugenommen. Auch die christlichen Arbeiter werden unruhig. Bisher haben Hue und Sachse die Arbeiter mit Mühe vom Streik zurückgehalten. Bleiben aber wieder gesetzgeberische Maßregeln zu Gunsten der Arbeiter aus, so wird nichts anderes übrig bleiben, als die großen Streiks von 1889 und 1890 zu wiederholen. Sorgen Sie dafür, daß, was wir heute beschließen, nicht wieder in den Reichspapierkorb wandert! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Geheimer Bergrat **Reuß**: Die Reichsinvalidenrente darf nicht gekürzt werden, wohl aber darf die Knappschaftsrente aufgerechnet werden.

Abgeordneter **Korfanty** (Pole) verlangt nochmals Bekanntmachungen in polnischer Sprache.

Es ist ein Antrag **Kopsch** (freis. Vpt.) eingelaufen, den Antrag Auer dem Reichskanzler zur **Berücksichtigung** zu überweisen.

Abgeordneter **Sachse** (Soz.): Leider ist die Aufrechnung der Knappschaftsrente gesetzlich zulässig; wir haben uns aber auf das Entschiedenste gegen diese Bestimmung erklärt. — Wir verlangen, daß das Reich Mittel für die Bekämpfung der Wurmkrankheit bereitstellt. Die behauptete Abnahme dieser Krankheit beruht auf einer unrichtigen Statistik. Gewiß verschweigen oft die Arbeiter die Wurmkrankheit, um nicht abgelegt zu werden. Die Schuld trägt aber die Regierung, die unseren Vorschlag, die wurmkranken Arbeiter schadlos zu halten, nicht angenommen hat. Die Arbeiter sind oft Versuchsobjekte der Knappschaftsärzte; die ganze Wurmkur ist tatsächlich eine wahre Pferdekur. Vielleicht macht Dr. Mugdan seinen Einfluß dahin geltend, daß die Arbeiter sich von den Aerzten untersuchen lassen können, zu denen sie Vertrauen haben. — Der Standpunkt der Nationalliberalen, wie ihn Dr. Paasche vertreten hat, ist der, eine reichsgesetzliche Regelung des Bergwesens im Unternehmerinteresse; soweit aber die Arbeiterinteressen in Frage kommen, soll alles der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. (Sehr richtig! bei den Soz.) — Abgeordneter Stötzel wünschte Arbeiterausschüsse; aber Arbeiterausschüsse, die nur fromme Wünsche äußern dürfen, nützen uns gar nichts. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch verfahren in der Praxis die Anhänger des Zentrums ganz anders, als hier der Zentrumsabgeordnete sprach. — Der Regierungsvertreter meinte, nur aus Wohlwollen für die Arbeiter würden die Wagen genullt. Für dieses Wohlwollen bedanken sich die Arbeiter schönstens. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was würde der Herr Geheimrat sagen, wenn man ihm aus Wohlwollen einen Tag vom Gehalte abziehen wollte? (Allg. Heiterk.) In einem Falle hat die Bergwerksverwaltung einfach die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert. Ueberhaupt geht das Bestreben der Bergwerksbesitzer immer wieder dahin, die Arbeitszeit zu verlängern. Dagegen hilft nur die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit.

Nun zur Frauenarbeit. Daß sie nicht unbedingt notwendig ist, beweist das Beispiel Westfalens. Mit leichteren Arbeiten können halbinvalide Bergarbeiter beschäftigt werden. — Graf Magnis, der früher diesem Hause als Zentrumsabgeordneter angehörte, versprach bei einem Streik auf seiner Grube Verbesserung, statt dessen führte er Verschlechterungen ein. (Hört, hört! bei den Sozialdemokr.) Wenn die Arbeiter sich organisieren, dann schikaniert man sie. In den Wohlfahrtseinrichtungen duldet man keine Verbandsmitglieder, verkümmert also das Koalitionsrecht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Eine Grube hat den Kohlenpreis mit Rücksicht auf einen Streik um 30 Proz. erhöht, aber von dem Gewinn erhielt der Arbeiter nur 2 Pf., der Unternehmer 12 Pf. pro rata. (Hört, hört! bei den Soz.) — Nicht einmal die Polizeivorschriften werden innegehalten. Auf einer oberschlesischen Grube erhalten die Arbeiter Trinkwasser, das selbst die Pferde nicht saufen können. Unsere Resolution sollte also nicht, wie das Zentrum will, der Regierung „als Material“, sondern, wie sie zu unserer Freude der freisinnige Abg. Mugdan beantragt hat, zur Berücksichtigung empfohlen werden. Sonst glaubt weder Regierung noch Arbeiterschaft, daß Sie es ernst meinen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Der Herr Vorredner hat der Reichsregierung vorgeworfen, sie habe ihre Pflicht bei Bekämpfung der Wurmkrankheit nicht getan. Aber die praktischen Maßnahmen sind Sache der Einzelstaaten. Die Reichsregierung kann also nichts weiter tun, als durch das Reichsgesundheitsamt die Natur der Krankheit ergründen zu lassen. „Blinder Eifer schadet nur“. (Sehr richtig! rechts.) Erst muß man wissen, was geschehen muß. Schon jetzt haben die Untersuchungen erwiesen, daß die Larven des Wurmes sicher gegen sehr viele, vielleicht gegen alle Desinfektionsmittel hermetisch geschützt sind. Wahrscheinlich werden die Arbeiter überhaupt nicht durch Desinfektion gegen die Wurmkrankheit geschützt werden können. (Hört, hört! bei den Sozialdem.) Man wird also

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Befreiung der Hausfrau.

Aus Kopenhagen wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Der Plan, hier eine „Haushaltungszentrale“ einzurichten, ist nun verwirklicht worden. In einem der schönen Vorstadtviertel hat der Urheber des Plans, Schuldirektor Otto Fick, ein stattliches Gebäude errichten lassen, das für 25 Familien bestimmt ist. Das ganze Haushaltungswesen wird zentralisiert und die 25 Familien werden mit Essen, Trinken, Feuerung, Wäsche, Bedienung usw. gegen eine bestimmte monatliche Bezahlung versehen. Jede Familie hat ihre eigene Häuslichkeit; die Hausfrau braucht sich aber um die tausend Kleinigkeiten einer Haushaltung nicht zu bekümmern, sodaß sie ihre Zeit für andere Zwecke verwerten kann. Die modernen Einrichtungen, wie Telephon und Elektrizität, sind dem neuen System natürlich sehr günstig. Das Ganze ist für wohlsituierte Familien berechnet. Die Kosten für eine aus Mann, Frau und drei Kindern bestehende Familie werden 4000 bis 5000 Kronen jährlich für Wohnung und alles übrige betragen, doch wird das System auch mäßigeren Forderungen angepaßt werden können. Diese Neuerung, nach der die ganze hauswirtschaftliche Entwickelung der Gegenwart unverkennbar hindrängt, wird sich wohl weiter verbreiten und die Häuslichkeit in jeder Abstufung bis zum Standard der Arbeiterfamilie, auf eine vernünftigere Basis stellen. Die Emanzipierung der deutschen Stadtfrau von den oft so lächerlichen Kümmernissen der Wirtschaft und die Beseitigung der unendlichen Kraftvergeudung, die damit verbunden ist, müßte große Wirkungen haben.

Aus aller Welt.

Idyllen aus der Backstube. Ein Nachspiel zu dem Bäckerstreik im Frühjahr dieses Jahres bildete ein Prozeß, der vor dem Schöffengericht des Amtsgericht I verhandelt wurde. Angeklagt war der Führer des letzten Bäckerstreiks, Bäckergeselle Karl Hetzschold, der in einer Volksversammlung im Saale des Restaurants „Königsbank“, Große Frankfurtersteaße, die Verhältnisse der Bäckerei von Börner, Küstrinerplatz, in sehr abfälliger Weise geschildert hatte. Hetzschold behauptete damals in seiner Rede, daß der Kessel, in dem die Pfannkuchen gesiedet wurden, auch zugleich zum Kochen der Kinderwäsche benutzt würde, und daß in der Schlafstube der Gesellen ein wahrer Leichengeruch herrschte. Börner hatte daraufhin Strafantrag gegen Hetzschold gestellt, und der Staatsanwalt hatte die Anklage erhoben. Die Verhandlung ergab ein für Börner sehr ungünstiges Resultat. Nach der Vereidigung des Bäckermeisters Börner als Zeugen erklärte der Vorsitzende diesem, daß er besser getan hätte, den Strafantrag garnicht zu stellen, denn nach den polizeilichen Akten sei alles, was Hetzschold behauptet, und noch mehr erwiesen. Aus den Polizeiakten wurde folgendes verlesen: Es wurde festgestellt, daß die Kinderwäsche im Pfannkuchenkessel gekocht worden war, daß der Milcheimer mit Schmutzwasser angefüllt vorgefunden wurde, daß die Teigtücher vor Schmutz starrten, und daß sich die Bäckerei überhaupt in einem unsauberen Zustande befand. Der Vorsitzende stellte ferner aus älteren Polizeiakten fest, daß Herrn Börner schon früher seitens der Polizei Vorhaltungen wegen der für menschliche Wohnungen ungeeigneten Gesellenschlafstube gemacht wurden. Es mußte sogar eine durch eine „Hühnerleiter“ erreichbare Dachkammer als Gesellenschlafstube polizeilich geschlossen werden. Der Vorsitzende riet Herrn Börner, den Strafantrag zurückzuziehen, was dieser verweigerte. Der Staatsanwalt legte Börner ebenfalls nahe, den Strafantrag zurückzuziehen. Börner verneinte die darauf bezügliche Frage des Vorsitzenden abermals.

Hierauf stellte der Staatsanwalt folgende Anträge: den Angeklagten Hetzschold freizusprechen, die Kosten des Verfahrens dem Bäckermeister Börner aufzuerlegen, da er die Stellung des Strafantrags für eine leichtfertige halte. Das Urteil lautete: Der Angeklagte Hetzschold ist freizusprechen. Die Kosten des Verfahrens sowie die Kosten der Verteidigung werden dem Bäckermeister Börner auferlegt.

Der Roman der Pfarrerstochter. In der letzten öffentlichen Sitzung des Berliner Zweigvereins der Internationalen Föderation erzählte ein Arzt, Dr. L., folgendes nette Histörchen. Eines Tages klopfte ein Mädchen, das sich später als Tochter eines Pfarrers von auswärts legitimierte, an die Pforte einer Entbindungsanstalt, in der Dr. L. stationiert war, an und bat flehentlich um Einlaß. Man gewährte der Verschüchterten Aufnahme, und wenige Tage später war das Pfarrerstöchterlein glückliche Mutter eines frammen Knaben. Wiederum waren wenige Wochen verstrichen, und mit Zittern und Zagen sah die junge Mutter die Stunde herannahen, in der sie die Anstalt verlassen mußte. Nach ihrer Heimat sollte sie zurückkehren, zu den Eltern, die noch nicht die geringste Ahnung von ihrer großväterlichen und großmütterlichen Würde hatten. Doch das Pfarrerstöchterlein schien gefaßt. Mutig bestieg sie mit dem Säugling auf dem Arm die Droschke und fuhr, begleitet von dem mitleidigen Arzt Dr. L., dem Bahnhof zu. Unterwegs fiel der jungen Mutter ganz plötzlich ein, daß sie noch Verschiedenes einzukaufen hatte. Sie bat ihren Beschützer, ihr doch für einen Augenblick das Knäblein abzunehmen. Die Droschke hielt, das junge Mädchen stieg aus, und der Arzt wiegte krampfhaft den Säugling in den Armen. Doch lange mußte er warten, so lange, bis er schließlich einsah, daß er unverhofft in den glücklichen Besitz eines Kindes gelangt war — denn das Pfarrerstöchterlein kehrte niemals wieder.

Was in Amerika gestohlen wird. Amerika ist durch seine Absonderlichkeiten allen europäischen Ländern voraus. Ganz den amerikanischen Verhältnissen angepaßt ist auch das Treiben der amerikanischen Diebe. Erst im vorigen Jahre wollten zwei junge Leute, die sich mit Stricken versehen hatten, aus dem Zoologischen Garten des New Yorker Stadtteiles Bronx einen — Löwen stehlen. Sie hatten sich bereits beim Gitter seines Käfigs zu schaffen gemacht, als sie ein Wächter ertappte. Die Burschen bekamen eine unbedeutende Strafe. — Noch erstaunlicher ist der Diebstahl, den kürzlich, wie amerikanische Blätter berichten, eine Bande in Brooklyn verübte. Sie hoben an einem Nachmittag die Tür einer Kirche aus, während drinnen gerade eine Predigt abgehalten wurde. Durch das Geräusch aufmerksam geworden, unterbrach die Gemeinde ihr Beten und verfolgte mit dem Geistlichen die Diebesgesellschaft, von der ein Bursche erwischt wurde. Er gab an, daß ein ganzes Dutzend seiner Kameraden eine Höhle in einem leeren Bauplatz bewohne, in der sie ein Dach benötigten. Als dieses war die Kirchentür ausersehen, um ihre Bettstellen gegen den Regen zu schützen. Sie dachten, daß die Tür gerade geeignet wäre. Die Polizei nahm ihnen diese wieder ab.

Ein hoher Absatz als Verkehrshindernis. Aus Berlin wird gemeldet: Eine ungewöhnliche Verkehrsstörung entstand in der Brunnenstraße in Berlin. Dort war ein junges Mädchen beim Ueberschreiten des Fahrdammes mit dem hohen, spitzen Absatz ihres Schuhes in die Rippe einer Weiche der Straßenbahn geraten und der Schuh war derart festgeklemmt, daß es eine Viertelstunde dauerte, ehe das Mädchen befreit werden konnte.

Siebenfacher Mord und Brandstiftung. Die Kunde von einer grauenvollen Mordtat wird aus Sachsen übermittelt. Ein siebenfacher Mord ist in Obersteina bei Pulsnitz in der Nacht zum Sonntag verübt worden. Der Mörder erschlug mit einer Radehacke den Gutsbesitzer Freudenberg, dessen Ehefrau, zwei erwachsene Töchter, den 14jährigen Sohn und zwei Enkel. Nach der Mordtat steckte er die Wirtschaft in Brand, [illegible] alle Leichen verkohlten. Es herrscht im Orte furchtbare Erregung. Als der Täterschaft dringend verdächtig ist der Schwiegersohn Freudenbergs, namens Domschke, verhaftet worden.

sich darauf beschränken müssen, für Trockenheit, Kühlheit und Reinlichkeit in den Gruben zu sorgen. Auch ist entgegen unserer früheren Ansicht die Uebertragung des Wurmes durch die Haut sehr wohl möglich. Es wird Ihnen eine ausführliche Denkschrift vorgelegt werden.

Geh. Bergra. **Reuß**: Im sog. Wurm-Revier ergab die Untersuchung im Jahre 1893 tatsächlich das Nichtvorhandensein der Wurmkrankheit. Das Gleiche ergaben alle weiteren Untersuchungen bis Anfang April d. J. Da wurde der Chefarzt gewechselt und sein Nachfolger entdeckte die Eier und Larven des Wurmes, so daß sich plötzlich eine große Zahl Erkrankter herausstellte. Der frühere Chefarzt war mit der Wurmkrankheit zwar durchaus vertraut, aber seine Sehschärfe hatte für die mikroskopischen Untersuchungen nicht ausgereicht. (Hört, hört! bei den Sozialdem.) Gegen die Krankheit wurden dann sofort auch in diesem Revier die erforderlichen Gegenmaßregeln erfolgreich ergriffen. Es wird dafür gesorgt, daß die Wurmkranken nicht zu oft durch Abtreibungskuren gequält werden. Die Unheilbaren, die nicht mehr unter Tag beschäftigt werden dürfen, erhalten von den Grubenbesitzern zurückerstattete Zuschüsse aus den Unterstützungskassen oder besonders lohnende Arbeit über Tage. Redner bestreitet, daß $^1/_3$ aller Wurmkranken unheilbar seien; es seien nur [illegible] von denen ein großer Teil auch nicht arbeitsunfähig würde.

Abg. **Sachse** (Soz.) stellt fest, daß die Grubenbesitzer die Kranken nicht in genügender Weise schadlos hielten. Im Saarrevier ist die Krankheit schon 1886 aufgetreten, die Knappschaftsärzte scheinen aber blind gewesen zu sein. Dr. Dönholt sagt in dem letzten Satze seines Berichts, den der Regierungsvertreter allerdings nicht mit verlesen hat: „Es steht fest, daß ein Drittel aller Wurmkranken oder mehr (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) der Wurmträger durch Abtreibungsmittel vom Wurm nicht zu befreien sind. (Hört, hört! b. d. Soz.). Dr. Dönholt schlug auch vor, Arbeiter zu Kontrolleuren für die Reinlichkeit der Gruben zu ernennen. Dafür ist er dann aus dem Wurmausschuß herausgebissen worden. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Abg. **Burlage** (Zentrum) bestreitet, daß sein Parteifreund Dr. Hitze sich gegen die gesetzliche Festlegung der Grubenaufsicht durch Arbeiter ausgesprochen habe.

Abg. **Sachse** (Soz.): Am 27. Februar 1899 hat Herr Hitze im Abgeordnetenhause erklärt: „Wenn die Arbeiter ein gesetzliches Recht hätten, Arbeitervertreter zu wählen, so könnten sie dies Recht mißbrauchen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution **Stötzel** (Zentr.) wird angenommen; die Resolution **Auer** auf Antrag Spahn (Zentr.) nach Ablehnung des Antrages Kopsch (frs. Volksp.) dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Schluß 7 Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Etatsresolutionen über Befähigungsnachweis u. a.

Partei-Angelegenheiten.

Aus Merseburg erhält unser Hallesches Parteiblatt die Nachricht, daß ganz unerwartet Genosse Otto Mittag verstorben ist. Eine Lungenentzündung hatte ihn am Mittwoch aufs Krankenlager geworfen, auf dem Sonntag Abend elf Uhr der Tod ihn ereilte.

Anfang der achtziger Jahre zog Otto Mittag nach Halle und fand als Hilfsarbeiter in der Kesselschmiede bei Lwowski Beschäftigung. Wegen einer Ansprache auf einem der Fabrikfeste wurde er Mitte der achtziger Jahre gemaßregelt. Im Frühjahr 1888 wählten ihn die Merseburger Genossen zum Lagerhalter des neugegründeten Konsumvereins. Mit dem Kreise Merseburg-Querfurt war Genosse Mittag seit 1893 durch die Reichstagskandidatur eng verbunden. Nachdem sich der Konsumverein in Merseburg unter Ueberwindung zahlreicher Schwierigkeiten genügend entwickelt hatte, übertrugen die Mitglieder dem Genossen Mittag das Amt eines Geschäftsführers, das er bis zu seinem Tode bekleidet hat.

Während des Ausnahme-Gesetzes ist Mittag mit tätig gewesen. Gegen Ausgang der achtziger Jahre mußte er auch vier Wochen Gefängnis verbüßen wegen Beleidigung des inzwischen verstorbenen Polizeikommissars Grosse. Sowohl in der Partei, als in seiner Gewerkschaft und später als Mitbegründer und mehrjähriger Leiter des gleichen Gewerkschaftskartells hat Otto Mittag nach besten Kräften für die Partei gewirkt. Als Versammlungsredner zeichnete er sich durch einen selten versagenden Mutterwitz aus, der seine Gegner oft genug matt setzte. Jedenfalls gehört Otto Mittag zu den Parteigenossen, die jahrzehntelang treu der Partei gedient haben und deren Namen immer in Ehren genannt werden, wenn es sich darum handelt, diejenigen tapferen Streiter für das Proletariat hervorzuheben, die in schwerer Zeit sich mutig zur Sozialdemokratie bekannten.

Die Düsseldorfer „Volkszeitung“ teilt mit, daß vom 1. Januar an die „Volkszeitung“ sowie das Verlagsgeschäft und die Druckerei alsdann mit allen Aktiven und Passiven in das Eigentum des Parteivorstandes übergeht. Firmeninhaber ist alsdann A. Gerisch, Berlin.

Hoffen wir, daß der leidige Zwist in Düsseldorf damit endlich sein Ende findet.

Gemeindewahl in Stuttgart. In der Gemeindewahl wurden die Kandidaten des vereinigten bürgerlichen Mischmaschs mit etwa 7000 von 18,460 abgegebenen Stimmen gewählt. Trotzdem hat, wie der „Vorwärts“ mitteilt, die Sozialdemokratie, die etwa 5500 Stimmen aufbrachte, keinen Anlaß zur Unzufriedenheit. Zwar hat sie durch die Koalition der bürgerlichen Parteien nunmehr eines der beiden bisher innegehabten Mandate im Bürgerausschuß verloren, aber der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie hat die gehegten Erwartungen weit übertroffen. Die Sozialdemokratie erhielt etwa 800 Stimmen mehr als bei den Wahlen im Vorjahr, während die Zahl der bürgerlichen Zettel gegenüber dem Vorjahr trotz Zunahme der Wahlberechtigten zurückblieb. Darin liegt eine Bürgschaft dafür, daß die Sozialdemokratie trotz des beschränkten Gemeindewahlrechts — Stuttgart zählt 40,000 Reichstagswähler, aber nur 18,000 Gemeindewähler — in absehbarer Zeit auch aus eigener Kraft ihre Kandidaten durchbringen kann.

Pablo Iglesias im Gefängnis. Am Freitag voriger Woche trat unser braver Genosse und tapferer Vorkämpfer des spanischen Proletariats die wegen Preßvergehens gegen ihn verhängte mehrmonatige Gefängnisstrafe an. Er wurde von Hunderten seiner Genossen und Freunde bis an die Tore des Gefängnisses begleitet. Eine Reihe von Zeitungen und eine Anzahl republikanischer Deputierte hatten ihm die Begnadigung erwirken wollen; Iglesias hat dieselbe mit den Worten zurückgewiesen: „Ohne Kampf keinen Sieg!“ In seinem Blatte schreibt er darüber noch folgendes:

„Ich danke allen, die meine Begnadigung herbeiführen bemüht waren, aber ich kämpfe mit dem Schilde der Wahrheit, daher bedarf ich keiner Gnade. Ich habe die brutale Gewalttat zweier Polizisten gerecht beurteilt und würde ein gleiches immer wieder tun, sobald ich dazu in die Lage komme. Ich wurde verurteilt, weil ich die gegenwärtigen Minister, die bei Gelegenheit der letzten Wahlen einen früheren Zuchthäusler, welcher in Bilbao einen Sozialisten tötete, begnadigten, „Beschützer von Mördern“ genannt hatte. Ich bin ein Mensch, der niemand haßt; kämpfen muß man aber mit Festigkeit, koste was es wolle, um barbarische Sitten und unnötige Amtshandlungen zu vertilgen, denen in erster Linie stets unschuldige Arbeiter zum Opfer fallen.“

Arbeiterbewegung.

Die Verhandlungen in der Gothaer Waggonfabrik haben sich zerschlagen. Der Herr Direktor will sich die Leute, welche wieder anfangen dürfen, aussuchen, die Mißliebigen also ausschließen! Was die eigentlichen Forderungen anbelangt, so gab der Herr Direktor zu, daß die höheren Abschlagszahlungen, ohne Erhöhung der Akkordsätze, keine Belastung für den Betrieb darstellen; er gab zu, daß die Garantierung des Wochenlohnes selbstverständlich sei und bisher nur versehentlich gegen diese Selbstverständlichkeit verstoßen wurde; er gab zu, daß der Ausstand der Holz- und Metallarbeiter, soweit er wegen des Angriffs auf deren Ehre geschehen sei, gerechtfertigt war. Trotzdem knüpfte er an die Beilegung der Differenzen die für die Arbeiter unmögliche Bedingung, Auslese unter den Wiedereinzustellenden halten zu dürfen.

Der Streik dauert also fort. Zuzug ist fernzuhalten!

Die letzte Arbeitslosenzählung im Verband der Zimmerer Deutschlands im November ist jetzt in ihrem Endergebnis zusammengestellt. Es waren in 326 Zahlstellen mit 19,587 Mitgliedern 17,845, das heißt 91,10 Prozent, nicht arbeitslos. Von den Arbeitslosen waren 462, das heißt 2,36 Prozent wegen Krankheit, 348, das heißt 1,78 Prozent, wegen Witterungseinflusses und 932, das heißt 4,76 Prozent, wegen Arbeitsmangels ohne Tätigkeit. Das Resultat zeigt gegen die beiden Vorjahre, was den Arbeitsmangel betrifft, eine Besserung. 1902 waren 7,82 Prozent, 1903 waren 6,25 Prozent der Mitglieder wegen Arbeitsmangels nicht auf den Arbeitsstellen. Hinsichtlich der Witterungseinflüsse lassen die Zahlen von 0,48 Proz. und 0,53 Prozent auf besseres Wetter in den Jahren 1902 und 1903 schließen. Die Prozentzahlen von 2,26 und 2,41 für die beiden Vorjahre ergeben fast die gleichen Verhältnisse bezüglich der Krankheiten wie 1904.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 13. Dezember 1904.

* **Aus dem Streikgebiet in Neurode** wird uns geschrieben: Die Verhandlungen, welche am Sonnabend, den 10. zwischen den Vertretern der Grube und denen der Arbeiter gepflogen wurden, sind vollständig resultatlos verlaufen. Die Lohnfrage, welche für die Arbeiter ausschlaggebend ist, soll eben, nach dem Willen der Direktion unerledigt bleiben. Die Versammlungen, welche Sonntag tagten, beschlossen nahezu einstimmig die Weiterführung des Streiks. In Kunzendorf stimmten **820** mit ja, **14** mit nein, in Schlegel **380** mit ja, **8** mit nein. Am Montag Morgen veröffentlichte die Grubendirektion ein Flugblatt folgenden Inhalts:

Kundmachung.

Am Montag, den 5. d. Mts., um 2 Uhr Nachmittags hat der größte Teil der Belegschaften der Neuroder Kohlen- und Tonwerke ohne Aufkündigung den Arbeitsvertrag unbefugt gelöst und ist in den Ausstand getreten. Die Direktion der Neuroder Kohlen- und Tonwerke stellt den streikenden Arbeitern Frist bis

Donnerstag, den 15. d. Mts.,
6 Uhr früh.

Wer bis dahin die Arbeit nicht wieder aufgenommen hat, ist ohne weiteres auf Grund der bestehenden Gesetze und Verordnungen entlassen.

Neurode, den 11. Dezember 1904.

Die Direktion.

Diese „Kundmachung“ wurde von den in den Streikbureaus zur Kontrolle erscheinenden Bergleuten mit ungeheurer Heiterkeit aufgenommen. Die Direktion ahnt wohl selbst nicht, welche Blöße sie sich mit diesem Elaborat gegeben hat. Erst verlangte man die Aufnahme der Arbeit bis zum 12. d. M., jetzt gibt man schon 3 Tage zu. Der Stimmung der Streikenden nach zu schließen, wird wohl die Direktion noch etwas länger warten müssen, wenn sie nicht selbst es für gut findet, einzulenken. Mehrere Streikposten berichteten, daß ihnen bei der Frühpatrouille (um 4 Uhr Morgens) von Grubenbeamten (Steigern, Fahrhauern usw.) ins Gesicht geleuchtet worden sei.

Im Streiklokal in Waldiß erschien ein Grubenbeamter in Begleitung eines Gendarm und verlangt die Herausgabe der Liste der Streikenden. Selbstredend wurde diesem merkwürdigen Verlangen nicht gewillfahrt und die Beamten gingen denn auch wieder ihrer Wege. Das sind alles Einschüchterungsmittel und Schreckschüsse, die aber bei dem gesunden Sinn der Streikenden und an ihrer kühlen Ueberlegung wirkungslos abprallen.

Auf der Buben-Grube haben neuerdings wieder 31 Mann die Arbeit niedergelegt, sodaß von den sonst ungefähr 1100 Beschäftigten nur noch zirka 50 Mann „anfahren“, denn von „Einfahren“ kann unter diesen Umständen keine Rede mehr sein.

* **Oberschlesische Zentrumswahlen.** Justizrat Dr. Stephan, der bekannte ultramontane Parteigänger, welcher Direktor der Schaffgotsch'schen Güterverwaltung ist, war in Beuthen OS. zum Stadtverordneten gewählt worden. Gegen seine Wahl erhoben verschiedene Bürger Einspruch, indem sie behaupteten, er sei kein Einwohner Beuthens mehr, da er mit seiner ganzen Familie und Haushaltung nach dem benachbarten Schomberg übergesiedelt sei. Die Stadtverordneten-Versammlung verwarf aber den Einspruch unter der Annahme, daß Dr. Stephan in Beuthen noch einen zweiten Wohnsitz habe. Der Bezirks-Ausschuß zu Oppeln, bei dem nunmehr auf Ungiltigkeit der Wahl geklagt wurde, stellte folgendes fest:

Dr. Stephan sei tatsächlich von Beuthen mit der Familie und den Hausangestellten nach Schomberg verzogen und habe dort ein Haus, das ihm zur Verfügung gestellt wurde, bezogen. Zugleich habe er angezeigt, daß er beabsichtige, in Beuthen einen Nebenwohnsitz beizubehalten, und zwar in dem Hause, wo sich die gräflich Schaffgotsch'sche Güterverwaltung befinde. Dort fänden ihm drei Zimmer zur Verfügung. Es handele sich um ein Schlafzimmer, ein Konferenzzimmer und ein Schlafzimmer, in welchem ein Bett steht. Der Bezirksausschuß kam auf Grund dieser Feststellungen zu der Ueberzeugung, daß Dr. Stephan in Beuthen einen Wohnsitz gemäß den Bestimmungen der Städteordnung nicht mehr gehabt habe, als er gewählt wurde. Die Wahl wurde deshalb unter Aufhebung des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung für ungiltig erklärt. Bei den fraglichen Räumen im Hause der Güterverwaltung handele es sich nach Annahme des Gerichts nur um zwei Büroräume, die Zwecken nicht des Dr. Stephan, sondern solchen der Güterverwaltung seiner Chefs dienten, und um eine Schlafgelegenheit, die nicht benutzt werde. Schomberg liege nur zwei bis drei Kilometer von Beuthen entfernt und komme mittels des Gespanns, das Dr. Stephan stets zur Verfügung stehe, leicht von ihm erreicht werden, selbst wenn es spät werde. Ein dienstliches Empfangszimmer, ein dienstliches Arbeitszimmer und ein Übergangszimmer, als was das sogenannte Schlafzimmer angesehen werden müsse, berechtigten nicht zum Wohnsitz.

Die Stadtverordneten-Versammlung legte Berufung ein, das Ober-Verwaltungsgericht wies indessen das Rechtsmittel am 9. Dezember mit folgender Begründung ab: Es komme hier nicht auf den Wohnsitz im Sinne des Steuerrechts an, sondern darauf, ob ein Wohnsitz im Sinne des bürgerlichen Rechts vorliege. Also komme in Betracht § 7 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, worin es heiße: „Wer sich an einem Orte ständig niederläßt, begründet an diesem Orte seinen Wohnsitz. Der Wohnsitz kann gleichzeitig an mehreren Orten bestehen. Der Wohnsitz wird aufgehoben, wenn die Niederlassung mit dem Willen aufgehoben wird, sie aufzugeben.“ Der Bezirks-Ausschuß habe nun aus tatsächlichen Erwägungen als genommen, daß im Sinne der zitierten Bestimmung der Wohnsitz aufgehoben worden sei, und das Ober-Verwaltungs-Gericht sei zu derselben Auffassung gekommen. Mit Recht sei die Wahl für ungiltig erklärt.

* **Der Metallarbeiter-Verband** hielt gestern Abend im Saale des „Gewerkschaftshauses“ eine Mitglieder-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte die Ortsverwaltung bekannt, daß in voriger Woche eine ganze Waggonladung von Arbeitswilligen von hier nach Gotha abgegangen ist. Doch ist es den dortigen Kollegen gelungen, die „Ware“ wieder abzuschieben. Ein Teil dieser Leute ist nach Breslau selbst zurückgekehrt und hier hausieren dieselben in verschiedenen Lokalen mit einem Scheine, den die Gothaer Streikleitung allen Abgeschobenen ausgestellt hat, nach welchem diese der Unterstützung der Kollegenschaft empfohlen werden. Da es aber nicht Sache der hiesigen Kollegen sein kann, Leute zu unterstützen, die von hier wegfuhren, um anderen Kollegen in den Rücken zu fallen und nun unverrichteter Sache zurückkehrten, so werden die Arbeiter ersucht, den Betreffenden den Schein abzunehmen und diesen der Lokalverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes zu übermitteln, falls ihnen ein solcher zu Gesicht kommt.

Die Versammlung nahm sodann Stellung zu der am 8. Januar stattfindenden Bezirkskonferenz. Der Vorschlag einer Vertrauensmännerkonferenz, einen Zentral-Arbeitsnachweis für den Bezirk mit dem Sitz in Breslau zu errichten fand Zustimmung, und ebenso ein Vorschlag, der die Gründung eines Agitations- und Unterstützungsfonds für den Bezirk in Aussicht nimmt. Zu diesem Fond sollen die Filialen pro Kopf der Mitglieder und Quartal fünf Pfennige steuern. Beide Vorschläge sollen der Bezirkskonferenz als Anträge unterbreitet werden. Die Wahl der Delegierten zu dieser Konferenz fiel auf die Kollegen Alter, Haback und Hanske. Hierauf wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Haback als erster, Gerhardt als zweiter Vorsitzender, Philipp als erster und Anders als zweiter Kassierer, ferner als Revisoren die Kollegen Franke, Lissel und Fischler. Es gelangten alsdann zwei Anträge zur Annahme, von denen der eine das Ortsstatut dahin abändert, daß die Streikunterstützung in Zukunft in der Weise geregelt wird, daß diejenigen, die 26 Wochen dem Verbande angehören und verheiratet sind, pro Woche 14 Mk. erhalten; ledige erhalten 12 Mk. und weibliche Mitglieder 7 Mk. Außerdem erhalten Verheiratete für jedes Kind eine Mark pro Woche. Mitglieder, die dem Verbande mindestens 13 Wochen angehören, erhalten 10, 8 und 5 Mk. und solche, die weniger als 13 Wochen organisiert sind, 8, 6 und 4 Mk. Unorganisierte und solche, die dem Verbande erst während eines Streiks beitreten, erhalten keine Unterstützung. Ueber die eventuelle Zulässigkeit der Unterstützungszahlung an Unorganisierte entscheidet die Ortsverwaltung von Fall zu Fall. Bei allen Streiks, die innerhalb drei Tage ihre Erledigung gefunden, wird Unterstützung nicht gewährt. Nach Aufhebung eines Streiks werden nur noch diejenigen Mitglieder unterstützt, die 26 Wochen im Verbande sind. Der andere Antrag bestimmt, daß das Bureau in Zukunft an allen Sonntagen geschlossen bleibt; dafür aber bleibt es Freitag und Sonnabends bis $^1/_2$9 Uhr Abends geöffnet.

Eine Anfrage über die Stellung des Verbandes zu den Grenzstreitigkeiten mit anderen Gewerkschaften wurde dahin beantwortet, daß der Verband alle in Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter für sich reklamiert, gleichviel ob es sich um gelernte oder ungelernte Kräfte handelt.

* **Der Schmiedeverband** hielt gestern Abend im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Neukirch hielt einen Vortrag über die Bedeutung der Arbeitersekretariate. Sodann gelangte der Wert der Berufsstatistik zur Erörterung, wobei den Mitgliedern die nötige Anleitung zur Ausfüllung eines vom Hauptvorstande herausgegebenen Fragebogens gegeben wurde. Die gewissenhafte Ausfüllung des Fragebogens ist Pflicht aller Kollegen, um eine genaue Uebersicht über die Lage der Berufsangehörigen zu gewinnen. Die Versammlung bewilligte sodann aus der Lokalkasse zehn Mark zur Unterstützung eines Kollegen, dem die Frau verstarb, und ferner stifteten die Erschienenen 12.05 Mark für die Streikenden in Gotha.

* **Inhibierte Chikane.** Gegen die Paketfahrt-Gesellschaft war beim hiesigen Gewerbegericht eine Klage auf Herauszahlung von 100 Mk. Kaution anhängig gemacht worden. Der Kläger wurde kürzlich für die Oppelner Filiale als Begleitmann angenommen, als er jedoch dorthin kam, wurde er im Speicher beschäftigt. Diese Arbeit war ihm zu schwer, weshalb er nach zweitägiger Tätigkeit die Stellung im Einverständnis mit der Direktion wieder aufgab. Bei seinem Weggange wurde ihm jedoch besagte Kaution einbehalten, die er gebrauchte, um sich eine andere passende Stellung zu verschaffen. Vor Gericht verwies der Vertreter der Beklagten auf einen Vertrag, den der Arbeiter unterschrieben hatte, nach welchem dieser erst 3 Monate nach Austritt aus der Beschäftigung die Herauszahlung der Kaution zu beanspruchen habe. Zwar sei es ausgeschlossen, daß seitens des Klägers irgendwelcher Schaden verursacht wurde, der von der Kaution in Abzug zu bringen sei, die Firma könne aber prinzipiell keine Ausnahme machen und weigere sich deshalb, die Kaution vor Ablauf der vertragsmäßigen Frist herauszuzahlen. Das Gericht entschied, daß ein solches Verhalten der Firma unter den Chikane-Paragraphen (§ 226) des B. G.-B. falle. Die Kaution sei lediglich gestellt worden im Hinblick auf event. Schaden, den der Arbeiter zu verursachen vermöchte. Nachdem aber schon jetzt jeder Zweifel darüber ausgeschlossen sei, daß die Firma einen Schaden nicht erlitten, sei sie zur alsbaldigen Rückerstattung der Kaution verpflichtet.

* **Verunglückter Arbeiter.** Ein Bauarbeiter stürzte am 26. v. M. von einem Bau und erlitt eine Gehirnerschütterung. Am 9. d. M. ist er im Krankenhause der Barmherzigen Brüder gestorben.

* **Vermißt** wird ferner seit dem 9. d. M. das 14 Jahre alte Mädchen Margarete Fricke, Tochter eines Viktoriastraße 111a wohnenden Klempners.

* **Hausfriedensbruch** sollte der Bezirksleiter des Maurer-Verbandes, Genosse Rösler, dadurch begangen haben, daß er in einen Neubau von Steiner und Lindert „eindrang“, um dort entstandene Differenzen beizulegen. Das Schöffengericht hatte ihn deshalb zu dreißig Mark Geldstrafe verurteilt. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde gestern von der Strafkammer verworfen. Aus dem Ausdrucke: „Das Schuften muß doch einmal aufhören“, den Rösler auf dem Bau gebraucht hatte, schloß das Gericht, daß derselbe nicht lediglich in friedlicher Absicht den Bau betreten habe.

* **Verhaftet** wurde ein vielfach auch schon mit Zuchthaus vorbestraftes Dienstmädchen, welches seiner Dienstherrschaft 60 Mark gestohlen hatte.

* **Gestohlen** wurde einem Schlossergesellen auf dem Roßplatz ein Fahrrad, Dreßlers „Aurora“ Nr. 9909, aus dem Schulhause auf der Taschenstraße einem Lehrling ebenfalls ein Fahrrad, einem Kellner im Schweidnitzer Keller ein Ueberzieher mit Monogramm F. K. — Verhaftet wurde ein Haushälter, der einem Fleischergesellen in einem Tanzlokal einen Ueberzieher gestohlen hatte. — Ein Schlossergeselle wurde verhaftet, weil er einem Putzer 80 Mk. entwendet hatte. — Mit Beschlag belegt wurde ein Faß mit Fett im Werte von 50 Mk.

Am 8. d. M. wurden von einer Haustür auf der Parkstraße die messingenen Klinken gestohlen. Der Dieb scheint Gewissensbisse bekommen zu haben, denn am nächsten Tage lagen die Klinken im Hause. Gestohlen wurden ferner aus einem Keller auf der Tiergartenstraße 12 Flaschen Wein, von einer Ladentür auf der Friedrich Wilhelmstraße drei Paar Strümpfe und aus dem Schulhause auf der Magazinstraße eine Krimmermütze.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 10. und 11. d. Mts. 79 Personen eingeliefert. — Abhanden kamen ein Portemonnaie mit 9 Mk.